



»VOLKSREPUBLIKEN« IM JAHRESRÜCKBLICK 2016
DONBASS-BLOCKADE
UKRAINISCHE DIASPORA IN DEUTSCHLAND

■ ANALYSE		
	Zu den Ereignissen in den »Volksrepubliken« der Ostukraine. Jahresbericht 2016	2
	Von Nikolaus von Twickel, Berlin	
■ STATISTIK		
	Binnenflüchtlinge, Verletzte und Tote infolge des Donbass-Konflikts	7
	Überquerungen der Kontaktlinie in den Jahren 2015–2016	8
■ UMFRAGE		
	Haltung der ukrainischen und russischen Bevölkerung zur Lösung des Donbass-Konflikts	9
<hr/>		
■ DOKUMENTATION		
	Blockade der Bahnstrecken über die Kontaktlinie durch ATO-Veteranen und Rechten Sektor	11
<hr/>		
■ ANALYSE		
	Die ukrainische »diasporic community« in Deutschland: Charakteristika und Engagement fürs Heimatland	14
	Von Ljudmyla Melnyk (Berlin), Magdalena Patalong (Berlin), Richard Steinberg (Berlin/Hamburg)	
■ STATISTIK		
	Ukrainische Diaspora in Deutschland	18
<hr/>		
■ CHRONIK		
	20. Februar – 4. März 2017	21

Zu den Ereignissen in den »Volksrepubliken« der Ostukraine. Jahresbericht 2016

Von Nikolaus von Twickel, Berlin

Zur Dokumentation interner politischer Entwicklungen und damit auch des Charakters der Organisation von Politik in den beiden »Volksrepubliken«, veröffentlichen die Ukraine-Analyse hier den Jahresbericht 2016, der auf dem wöchentlichen Newsletter »Entwicklungen in ›DNR‹ und ›LNR‹« basiert. Der Newsletter erscheint im Rahmen des Projekts »Menschenrechtsschutz in der Ostukraine. Monitoring, Informationsverbreitung und europäische NGO-Kooperation«. Basierend auf der Auswertung von öffentlich zugänglichen Internet-Quellen und erstellt von Nikolaus von Twickel gibt der Newsletter einen Überblick aktueller gesellschaftspolitischer Entwicklungen auf dem Gebiet der selbsternannten »Volksrepubliken Donezk und Luhansk«. Das Projekt wird vom Deutsch-Russischen Austausch (DRA e.V.) in Kooperation mit ukrainischen, polnischen und russischen Partnern durchgeführt und vom Auswärtigen Amt gefördert.

Der Jahresbericht und der Newsletter sind im Internet archiviert unter <http://www.civicmonitoring.org/>. Dort finden sich auch die Internetadressen der im Text genannten Originalquellen. Ansprechpartner beim Deutsch-Russischen Austausch sind Tim Bohse (tim.bohse@austausch.org) und Yuliya Erner (yuliya.erner@austausch.org)

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Zusammenfassung

Auf den ersten Blick hat sich die Lage in der Ostukraine im vergangenen Jahr kaum verändert. Während die Verhandlungen zur Umsetzung des Minsker Abkommens auf der Stelle traten, flammten die Kämpfe zwischen Regierungstruppen und Separatisten immer wieder auf. Die beide Seiten trennende »Kontaktlinie« blieb weitgehend unberührt. Geländegewinne wurden nur in der entmilitarisierten Pufferzone gemacht – mit der Folge, dass die verfeindeten Truppen näher aneinanderrückten. Im Jahr 2016 bemühten sich die »Volksrepubliken« um innere Konsolidierung, wirtschaftliche Erholung und eine Reduzierung der Abhängigkeit von russischen Finanzhilfen. Das gelang ihnen nur in Ansätzen – in Donezk mehr, in Luhansk weniger. Dennoch gingen die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in beiden »Volksrepubliken« überwiegend in eine Richtung – hin zur Russischen Föderation. Diese Entwicklung ist für die Umsetzung des Minsker Abkommens hinderlich.

1. Sicherheitslage

Die Kämpfe zwischen Regierungstruppen und prorussischen Separatisten entlang der rund 500 Kilometer langen »Kontaktlinie« forderten im vergangenen Jahr allein auf ukrainischer Seite mehr als 200 Tote und knapp 1.300 Verletzte. Von der gegnerischen Seite liegen keine Zahlen vor. Dennoch gab es kaum Bewegung im Konflikt, in dem ja eigentlich ein Waffenstillstand gilt: Geländegewinne wurden ausschließlich in der »Grauzone« genannten Pufferzone entlang der Kontaktlinie gemacht. So rückten im März 2016 ukrainische Truppen in ein Gewerbegebiet im Süden der Stadt Awdiiwka vor. In ukrainischen Medienberichten hieß es hinterher, dass die Regierungstruppen das »Promsona« oder »Promka« genannte Gebiet einnehmen mussten, um Awdiiwka vor Beschuss zu schützen.

Im Dezember 2016 waren es ebenfalls ukrainische Truppen, die in den sogenannten Switlodarsker Bogen nordwestlich von Debalzewe vorstießen. Pressesprecher des ukrainischen Verteidigungsministeriums, Andrij

Lysenko sagte der Deutschen Welle, dass die ukrainische Armee bis anderthalb Kilometer vorgerückt sei, um günstig gelegene Anhöhen einzunehmen.

Vorstöße in die »Grauzone«, die im Minsker Abkommen gar nicht erwähnt ist, begannen bereits 2015 im Raum Mariupol, als ukrainische Streitkräfte in das Dorf Pawlopil einrückten, woraufhin Truppen der »DNR« das Dorf Kominternove (Pikusy) einnahmen.

Während also die gegnerischen Truppen näher aneinander rückten, war der wohl größte Verhandlungserfolg des vergangenen Jahres ein Vertrag, in dem die Ausweitung der Pufferzone anvisiert wird: Das im September 2016 in Minsk unterzeichnete sogenannte Entflechtungsabkommen sieht vor, dass die gegnerischen Truppen zunächst an drei Stellen – Stanytsja Luhanska, Solote und Petriwske – sich mindestens zwei Kilometer von der Kontaktlinie zurückziehen. Bis Jahresende gelang das immerhin in zwei der drei Orte. In Stanytsja Luhanska beschuldigten sich beide Seiten, dass der nötige Waffenstillstand nicht zustand kam.

Abgesehen von der Unterzeichnung des Entflechtungsabkommens gab es bei den Verhandlungen sowohl der Trilateralen Kontaktgruppe (Russland, Ukraine und die OSZE, mit am Tisch sitzen Vertreter von »DNR« und »LNR«) als auch des Normandief Formats (Frankreich, Deutschland, Russland und die Ukraine) kaum Fortschritte.

Unter dem deutschen Vorsitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) konzentrierten sich die Verhandlungen zunächst auf die Durchführung der Lokalwahlen gemäß dem Minsker Abkommen. Als klar wurde, dass dies wegen zahlreicher Uneinigkeiten nicht gelingt, wurde auf dem Berliner Gipfel vom 19. Oktober beschlossen, zunächst eine »Roadmap« auszuarbeiten, welche die zeitliche Reihenfolge der Umsetzung der im Abkommen enthaltenen Punkte festschreibt.

Bis Jahresende gab es aber auch bei der Ausarbeitung einer Roadmap statt Fortschritt nur Differenzen. So wirft Russland der Ukraine vor, neue Forderungen in die Roadmap hineinschreiben zu wollen, die gar nicht im Minsker Abkommen stehen – etwa eine bewaffnete internationale Mission, die die Sicherheit in den abtrünnigen Gebieten gewährleistet. Die Ukraine dagegen argumentiert, dass für eine Umsetzung des Minsker Abkommens »neue Elemente«, wie etwa eine bewaffnete internationale Truppe, nötig sind, um ein Minimum an Sicherheit zu garantieren.

Außenminister Pawlo Klimkin erinnerte im Dezember erneut an die Position der Ukraine, dass Lokalwahlen, wie im Minsker »Package of Measures« vom Februar 2015 geregelt, unter ukrainischem Recht mit ukrainischen Parteien und Wählern (auch diejenigen, die aus den »Volksrepubliken« geflohen sind) stattfinden müssen.

2. Politik

In der »Volksrepublik« Luhansk war 2016 kaum ruhiger als das Vorjahr: Während 2015 mehrere prominente Feldkommandeure bei Anschlägen getötet wurden, waren es im vergangenen Jahr Politiker, die entweder abgesetzt oder zu Staatsfeinden erklärt wurden.

Im September wurde der ehemalige »Premierminister« der »LNR«, Gennadi Zypkalow, und ein hoher Militär, Witali Kiseljow, festgenommen und beschuldigt, einen Putsch gegen »LNR«-Chef Igor Plotnizki geplant zu haben. Zypkalow kam kurz darauf ums Leben, nach offiziellen Angaben erhängte er sich in seiner Zelle.

Ex-Parlamentschef Alexei Karjakin, der als dritter Beschuldigter zur Fahndung ausgeschrieben wurde, sagte im Exil in Russland, dass Plotnizkis Leibwächter Zypkalow ermordet hätten. Karjakin zufolge ist der angebliche Putsch nur ein Vorwand Plotnizkis, um seine

Gegner loszuwerden. Ähnliche Vermutungen wurden bereits nach einem angeblichen Attentat auf Plotnizki im August geäußert.

Trotz oder gerade wegen dieser Säuberungen sah sich Plotnizki hinterher heftiger Kritik aus Russland ausgesetzt. So veröffentlichte das kremlfreundliche Moskauer Boulevardblatt »Komsomolskaja Prawda« im November einen Artikel mit schweren Korruptionsvorwürfen gegen Plotnizki, später machte ihm die Zeitung zum Vorwurf, dass er der freikirchlichen Pfingstbewegung nahe stehe und seine Glaubensbrüder fördert.

In den Reihen der Plotnizki-Kritiker tauchte dann plötzlich Valeri Bolotow auf – potentiell ein ernstzunehmender Rivale. Der Anführer der Separatisten und erste Chef der »LNR« war seit seiner angeblich verletzungsbedingten Ablösung im August 2014 nicht mehr öffentlich aufgetreten. Nun gab er mehrere Interviews, in denen er Plotnizki beschuldigte, die Macht an sich gerissen zu haben und die ursprünglichen Ideale der Aufständischen zu verraten.

Zum Jahresende machte sich der interne politische Machtkampf in der »LNR« wieder bemerkbar: Während Plotnizki die Entscheidung des »LNR-Parlaments« lobte, die Arbeit von »Premierminister« Sergei Koslow zu missbilligen, ließen führende »LNR«-Medien dieses Ereignis unerwähnt.

Bolotow, Karjakin und Zypkalow gelten als Separatisten der ersten Stunde, die das Minsker Abkommen entschieden ablehnen und die Ostukraine lieber heute als morgen mit Russland vereint sehen wollen.

In der »Volksrepublik« Donezk wurden die Separatistenführer von 2014 ebenfalls, aber in der Regel ohne größeres Aufsehen aus ihren Ämtern entfernt. So geschehen im Februar dieses Jahres mit »Außenminister« Alexander Kofman, und kurz darauf mit Roman Ljagin, der die »Wahlkommission« der »DNR« leitete. Bereits 2015 trafen die »Säuberungen« »Parlamentsvorsitzenden« Andrei Purgin. Im Herbst 2016 rief Purgin eine Vereinigung namens »Jug Rossii« (»Der Süden Russlands«) ins Leben, die einen Anschluss weiter Teile der Ukraine an Russland anstrebt.

Allerdings gab es im Oktober 2016 erstmals einen Mordanschlag an einem prominenten »DNR«-Vertreter – dem Feldkommandeur Arseni Pawlow. Die Tatsache, dass Pawlow, besser bekannt als »Motorola«, von einer Bombe in seinem gut bewachten Donezker Wohnhaus getötet wurde, werteten ukrainische Beobachter als Hinweis darauf, dass hinter der Tat russische Agenten steckten.

Das Mordmotiv im Fall »Motorola« blieb bisher unklar, denn anders als die zuvor ums Leben gekommenen Luhansker Kommandeure hatte Pawlow die »DNR«-Führung nicht öffentlich kritisiert. Der Kiewer

Politologe Wladislaw Fessenko vermutet einen Zusammenhang mit dem Gipfeltreffen im Normandie-Format, das nur drei Tage später am 19. Oktober in Berlin stattfand. Der Anschlag an Pawlow, für den die Separatisten die Ukraine beschuldigten, sollte womöglich die Position Kiews bei den Verhandlungen schwächen, sagte Fessenko in einem Interview für diesen Bericht.

Insgesamt wirkte die »Volksrepublik« Donezk im Jahr 2016 stabiler als die benachbarte »Volksrepublik« Luhansk. Offene Kritik an den Machthabern erweis sich dennoch hier wie da als riskant. In der »LNR« wurden mindestens zwei Blogger – Eduard Nedeljajew und Gennadi Benizki – wegen Posts in sozialen Netzwerken festgenommen.

In der »DNR« setzte am 27. Januar eine Welle von Repressionen ein, nachdem in der Nacht das Donezker Lenin-Denkmal bei einer Explosion leicht beschädigt wurde. In der Folge wurden vermeintliche Regimekritiker festgenommen, darunter der Religionswissenschaftler Igor Koslowski sowie Mitglieder des Freiwilligen-Hilfswerks Otwetstwennije Graschdane (»Verantwortungsvolle Bürger«). Während Koslowski vermutlich noch immer in Haft sitzt, wurden die Hilfswerk-Mitglieder binnen eines Monats aus der »Volksrepublik« ausgewiesen.

Der prominenteste Kritiker innerhalb der »DNR«, Alexander Chodakowski blieb dagegen weitgehend unbehelligt. Der ehemalige Kommandeur des Kampfverbandes »Wostok« erklärte im Februar die Niederlegung seines Amtes als Sekretär des »Sicherheitsrates« und konzentrierte sich fortan auf seine wöchentlichen Video-Show, worin er Zuschauerfragen zum Zustand der Republik beantwortet.

Chodakowski, der vor Ausbruch des Konflikts eine Sondereinheit des ukrainischen Geheimdienstes leitete, wird oft mit dem aus Donezk stammenden Geschäftsmann Rinat Achmetow in Verbindung gebracht und hat einmal selbst gesagt, dass er für den Erhalt der Industriebetriebe des nach Kiew geflohenen Achmetow eintritt.

Insgesamt gilt aber für die Politik sowohl von »DNR« als auch »LNR«, dass die wahren Entscheidungsträger in Moskau vermutet werden dürfen. Ein Indiz dafür waren die »Primaries« genannten Vorwahlen, die am 2. Oktober in »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk abgehalten wurden. Verlauf und Ergebnis dieser Vorwahlen waren in beiden »Volksrepubliken« praktisch identisch – es siegten die Vertreter der Regierungsparteien. Die Abstimmungsregeln ähnelten stark denen der »Primaries« der russischen Regierungspartei »Einiges Russland«, die seit einigen Jahren solche Vorwahlen als PR-Vehikel nutzt.

Sowohl »LNR« als auch »DNR« stellten die Vorwahlen als Testlauf für die laut Minsker Abkommen vorge-

sehenen Lokalwahlen dar. Diese Abstimmung wurde aber im Oktober von beiden »Volksrepubliken« zum wiederholten Mal abgesagt, weil Ukraine und Russland sich nicht auf die Modalitäten einigen konnten. Zu Jahresbeginn hatten ukrainische Medien und ukrainische Regierungsbeamte spekuliert, dass Russland die Anführer der Separatisten absetzen und beide »Volksrepubliken« vereinigen werde. Die Berichte standen offenbar in direktem Zusammenhang mit dem Treffen zwischen der hochrangigen US-Diplomatin Victoria Nuland und Kreml-Unterhändler Wladislaw Surkow am 15. Januar in Kaliningrad.

Bis Jahresende blieben zwar sowohl beide »Volksrepubliken« als auch deren aktuellen Anführer unangestastet. Jedoch sind Experten der Meinung, dass Russland – nicht zuletzt wegen seines außerordentlichen wirtschaftlichen Einflusses – in der Lage ist, Personal und Struktur der »Volksrepubliken« jederzeit zu ändern.

Für Russland hat die Trennung von »LNR« und »DNR« offenbar strategische Vorteile. So argumentierte im Dezember der Moskauer Politologe und ehemalige Kreml-Beamte Alexei Tschesnakow, dass zwei Republiken nützlicher seien, weil dadurch die Verhandlungen für die Ukraine erschwert würden.

3. Wirtschaft

Laut der Aussagen der beiden Anführer sind die wirtschaftlichen Aussichten der »Volksrepubliken« rosig. »DNR«-Chef Alexander Sachartschenko verkündete im Dezember stolz, dass die Wirtschaft 2016 um 52 Prozent gewachsen sei – fügte aber hinzu, dass dies kein »Gesamtwachstum« sondern die Wiederherstellung des Vorkriegspotenzials sei.

Aus Luhansk wurden keine derartigen Zahlen bekannt, dafür erklärte Republikchef Igor Plotnizki in seiner Neujahrsansprache das Jahr 2017 zum »Jahr der wirtschaftlichen Reformen«, in dem die Schattenwirtschaft abgeschafft werde.

Ukrainische und westliche Beobachter bezweifeln, dass beide »Volksrepubliken« in ihrer jetzigen Form wirtschaftlich überlebensfähig sind. So kontrollieren die Separatisten jeweils nur knapp ein Drittel der ukrainischen Gebiete (Oblast) Donezk und Luhansk. Die aus dem Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen zum Rest der Ukraine resultierenden Lücken in der Versorgungskette sowie Flucht oder Wegzug weiter Teile der Bevölkerung – vor allem der gebildeten Mittelschicht – machen eine schnelle wirtschaftliche Stabilisierung unwahrscheinlich.

Es gilt als offenes Geheimnis, dass die »Volksrepubliken«, die im Frühjahr 2015 den russischen Rubel einführten, überwiegend von Moskau finanziert werden. Der bekannte Separatisten-Kommandeur Alexan-

der Chodakowski hatte im Herbst 2015 den russischen Anteil am Budget der »DNR« mit 70 Prozent beziffert. Ukrainische und westliche Beobachter vermuteten Anfang 2016, dass Russland allein für Lohn- und Rentenzahlungen in beiden Gebieten monatlich knapp 80 Millionen Euro ausgibt.

Wegen des aufgeblähten Beamtenapparats und der großen Zahl von Rentnern muss für die Finanzierung der »Volksrepubliken« mehr aufgewendet werden als in normalen Volkswirtschaften. So leistet sich die »LNR« allein 17 Ministerien und weitere 17 nachgeordnete Behörden, nicht mitgezählt die umfangreiche Armee (»Volksmiliz«). In der »DNR« sind es sogar 21 Ministerien. Ukrainischen Schätzungen zufolge liegt der Anteil der Rentner an der Bevölkerung in beiden »Volksrepubliken« bei mehr als 30 Prozent.

Im November bezifferte der ukrainische Sicherheitsratssekretär Oleksandr Turtschynow Russlands Gesamtausgaben für die Separatisten mit jährlich knapp über 6 Milliarden US-Dollar (5,65 Milliarden Euro, monatlich rund 471 Millionen Euro). Laut Turtschynov machen Militärausgaben etwa die Hälfte der Summe aus.

Im Oktober und November mehrten sich Anzeichen, dass in der »DNR« und »LNR« das Geld knapp wird – Löhne und Renten wurden nicht oder nur teilweise ausgezahlt. Im Dezember hieß es in Donezk und Luhansk, dass man alles bezahlen könne. Die genaue Ursache der Engpässe blieb unklar: Während die Separatisten von »technischen Problemen« sprachen, waren sich ukrainische Kommentatoren einig, dass Moskau den Geldhahn abgedreht habe. Offen blieb, ob dies politische oder wirtschaftliche Gründe hatte.

Angesichts der Rahmenbedingungen konzentrierte sich die Wirtschaftspolitik der Separatisten darauf, die eigene Einnahmesituation zu verbessern. In der »DNR« wurde im Sommer über ein Gesetz zur Nationalisierung spekuliert. Verantwortlich für die Umsetzung soll das neu geschaffene »Industrieministerium« sein, zu dessen Chef Alexei Granowski ernannt wurde, der 2014 schon einmal »Energeminister« war.

Hauptziel der Enteignungen sollen Betriebe sein, die weiterhin Steuern an die Ukraine zahlen. Sachartschenko erklärte im Mai, dass die »DNR« nichts gegen reiche Unternehmer habe, sondern nur solche Industrielle im Visier habe, die politisch zu viel Einfluss nehmen. »Die Demontage der Oligarchenwirtschaft ist eine von unseren Prioritäten«, sagte er.

Jedoch gab es bis Jahresende keine Anzeichen für die Verabschiedung eines Nationalisierungsgesetzes, geschweige denn für eine Umsetzung des Vorhabens. Denn in Minsk kündigte die Ukraine erbitterten Widerstand gegen jegliche Enteignungen an. Diese würden als Demontage des Minsker Abkommens gewertet, sagte

die Sprecherin von ex-Präsident Leonid Kutschma, der die Kiewer Regierung bei den Minsker Verhandlungen vertritt.

Zugleich wurden wirtschaftliche Kontakte zwischen den Separatisten und der Ukraine bekannt – vor allem in Form von Kohlelieferungen. Bereits im Februar berichtete die »Ukrainskaja Prawda«, dass angeblich aus Südafrika stammende Kohleimporte in Wirklichkeit aus »DNR« und »LNR« stammen.

Im September erklärte »LNR«-Chef Plotnizki, dass man der Ukraine Kohle verkauft. Sein Donezker Kollege Sachartschenko sagte im November, dass die Ukraine ohne Kohlelieferungen aus der »DNR« den Winter nicht überstehen werde. Im Namen der ukrainischen Regierung bestätigte Minister für die Vorübergehend Besetzten Gebiete, Wadym Tschernysch, am 1. November, dass die Ukraine Kohle aus den von ihr nicht kontrollierten Gebieten importiert. Im Gegenzug werde Strom geliefert, sagte Tschernysch in einem Interview mit Hromadske Radio.

Das Energieministerium in Kiew erläuterte später, dass ukrainische Firmen 7,2 Millionen Tonnen Kohle in den ersten 10 Monaten des Jahres 2016 in den Separatistengebieten gekauft hätten. Den Wert dieser Menge nannte das Ministerium nicht, Experten bezifferten ihn jedoch mit 11 Milliarden Hrywna (etwa 385 Millionen Euro).

Nicht zu beziffern ist der illegale Handel (Schmuggel) zwischen den »Volksrepubliken« und der Ukraine. Hryhorij Tuka, der ehemalige Gouverneur des Gebiets Luhansk und jetzige stellvertretende Minister für die Vorübergehend Besetzten Gebiete, bestätigte die Berichte über regen Schmuggel und erklärte die ausbleibende Friedenslösung mit dem Unwillen jener Entscheidungsträger in den ukrainischen Institutionen wie Staatsanwaltschaft, Sicherheitsdienst, Armee und Polizei, die aus der jetzigen Situation wirtschaftliche Profite schlagen und daher an Änderungen nicht interessiert sind. Im Oktober veröffentlichte die Moskauer »Nowaja Gaset« eine Recherche, wonach führende Separatisten aber auch ukrainische Oligarchen von der Schattenwirtschaft in »DNR« und »LNR« profitieren.

4. Ausblick

Je länger die »Volksrepubliken« in ihrer jetzigen Isolation verharren, desto tiefer könnte der Graben zwischen ihnen und dem Rest des Landes werden und desto schwerer dürfte eine Wiedereingliederung in die Ukraine werden.

Schon jetzt gibt es Anzeichen, dass weite Teile der Bevölkerung von »LNR« und »DNR« nicht in die Ukraine zurück möchte: So sagte im September der Donezker Separatisten-Kommandeur Alexander Cho-

dakowski, dass seinen eigenen Umfragen zufolge der Anteil der »DNR«-Bewohner, die einen Anschluss an Russland wollen, zwischen Januar und August von 50 auf 70 Prozent gewachsen sei.

Da Chodakowski keine weiteren Details zu der Umfrage nannte, kann ihre Zuverlässigkeit nicht geprüft werden. Aber andere Umfragewerte deuten in eine ähnliche Richtung: In einer im Juni 2016 veröffentlichten Umfrage des Ifak-Instituts für den Kiewer Think Tank »Fabryka Dumky Donbass« sprachen sich 48 Prozent der (telefonisch) Befragten in der »DNR« für eine politische Union mit Russland aus. In dem von der Regierung kontrollierten Teil des Gebiets Donezk betrug dieser Wert immerhin noch 22 Prozent.

Fabryka-Dumky-Chef Dmytro Tkatschenko fügte später hinzu, dass in einem unveröffentlichten Teil der Umfrage 18 Prozent der Befragten in der »Volksrepublik« angegeben hätten, sie fühlten sich als Bürger der »DNR«.

Telefonumfragen in Gebieten wie den »Volksrepubliken« oder der von Russland annektierten Krim sollten allerdings mit Vorsicht interpretiert werden, da die Befragten auch am Telefon womöglich nicht die Wahrheit sagen, weil sie glauben, abgehört zu werden.

Tkatschenko, der auch ein Berater des Ukrainischen Informationsministeriums ist, argumentiert, dass sich hohe negativ-Werte rasch legen können, wenn die Ukraine die Kontrolle über die Gebiete wiedererlangt. »Die ›DNR‹-Identität wird verschwinden, wenn die Waf-

fen und die (russische) Propaganda weg sind«, sagte er in einem Interview für diesen Bericht.

Die Erfahrung des Jahres 2016 zeigt aber, dass eine Wiederherstellung der Kontrolle Kiews nicht so einfach sein wird. Die Tatsache, dass weder Moskau noch Kiew zu Kompromissen bereit sind, ist sicherlich der Hauptgrund dafür, dass auch Anfang 2017 keine politische Lösung für den Donbass-Konflikt in Sicht ist. In der Ukraine gelten etwaige Zugeständnisse an die Separatisten als politisch nicht durchsetzbar. Die gewaltsamen Proteste gegen eine Verfassungsänderung vor dem Kiewer Parlament im August 2015 haben zudem gezeigt, dass die Gegner einer Kompromisslösung auch vor Gewalt nicht zurückschrecken.

Die beste Strategie für Russland besteht wohl darin, keine politischen Schritte zu unternehmen und gleichzeitig der ukrainischen Seite die Schuld dafür zu geben, dass sich nichts bewegt. Moskau hat gute Gründe, auf einen Wandel der Politik des Westens gegenüber Russland im Jahr 2017 zu hoffen. Der Beginn der Präsidentschaft von Donald Trump in den USA, die anstehenden Präsidentschaftswahlen in Frankreich im April sowie die deutsche Bundestagswahl im September dieses Jahres könnten eine Lockerung der westlichen Sanktionen zur Folge haben.

Solange sich aber die Außenpolitik der Verbündeten Kiews nicht ändert, ist eine Fortdauer der jetzigen Situation – militärische Stagnation bei minimalen Verhandlungserfolgen – wahrscheinlich.

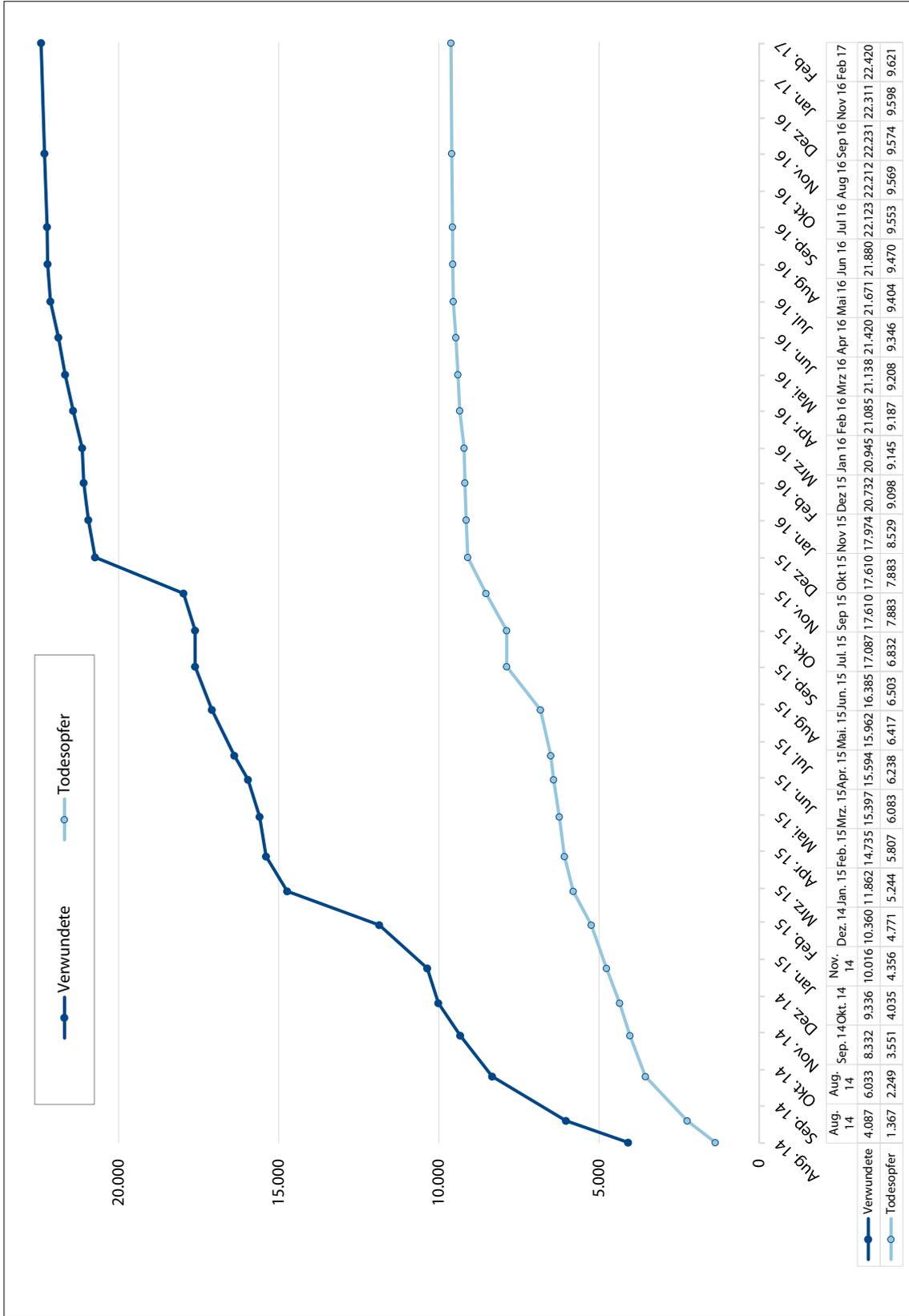
Über den Autor:

Nikolaus von Twickel ist ein freiberuflicher Journalist aus Berlin. Zwischen 2007 und 2014 arbeitete er in Moskau, zunächst als Reporter für die Moskauer Times, dann als Korrespondent für dpa International, den englischsprachigen Dienst der Deutschen Presse-Agentur. Zwischen Oktober 2015 und März 2016 war er als Medienoffizier (Media Focal Point) für die OSZE-Beobachtermission in Donezk tätig.

STATISTIK

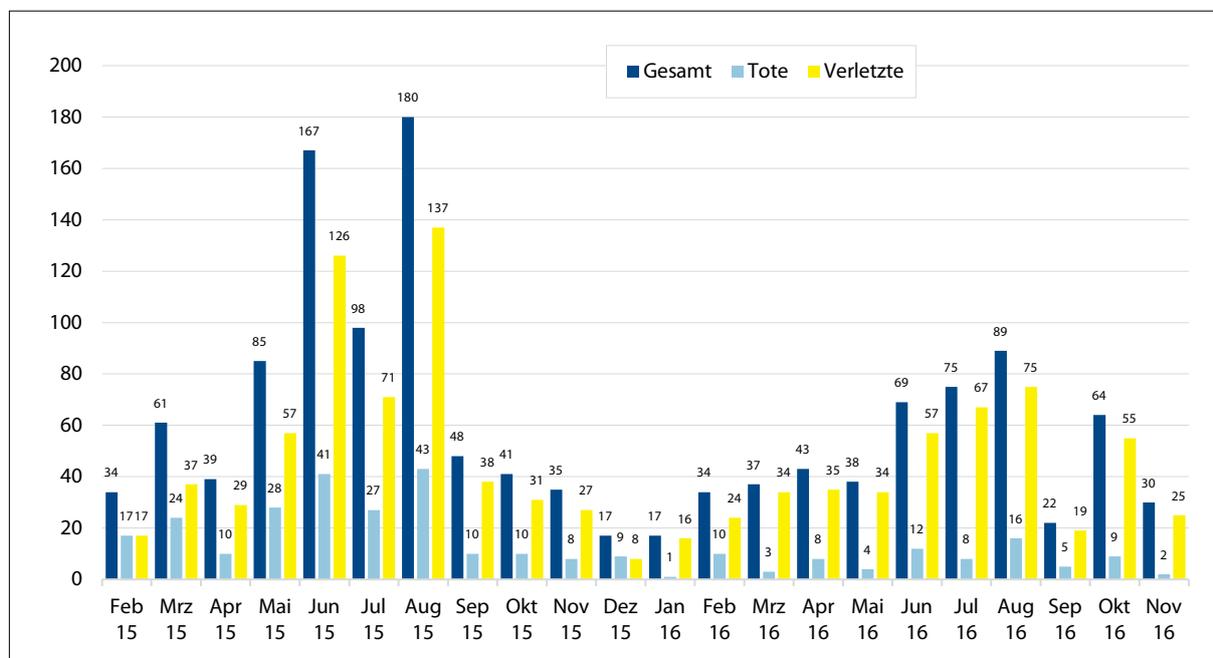
Binnenflüchtlinge, Verletzte und Tote infolge des Donbass-Konflikts

Grafik 1: Anzahl der Todesopfer und Verwundeten im Militärkonflikt in der Ostukraine seit Mitte April 2014



Anmerkung: Dies sind sehr konservative Schätzungen der UN-Menschenrechtsbeobachtermission in der Ukraine und der Weltgesundheitsorganisation. Die Gesamtzahl ist wahrscheinlich viel höher. Die Zahlen erfassen ukrainische Streitkräfte, Zivilisten, einige Mitglieder der bewaffneten Gruppen und die Passagiere des abgestürzten Malaysia Airline-Flugs MH17.
 Quelle: Zusammenfassung der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben des UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA), Ukraine Situation reports No. 1–39, Ukraine Situation Update No. 1–7, Humanitarian Bulletin Ukraine Issue 1–16, <<http://reliefweb.int/country/ukr>>

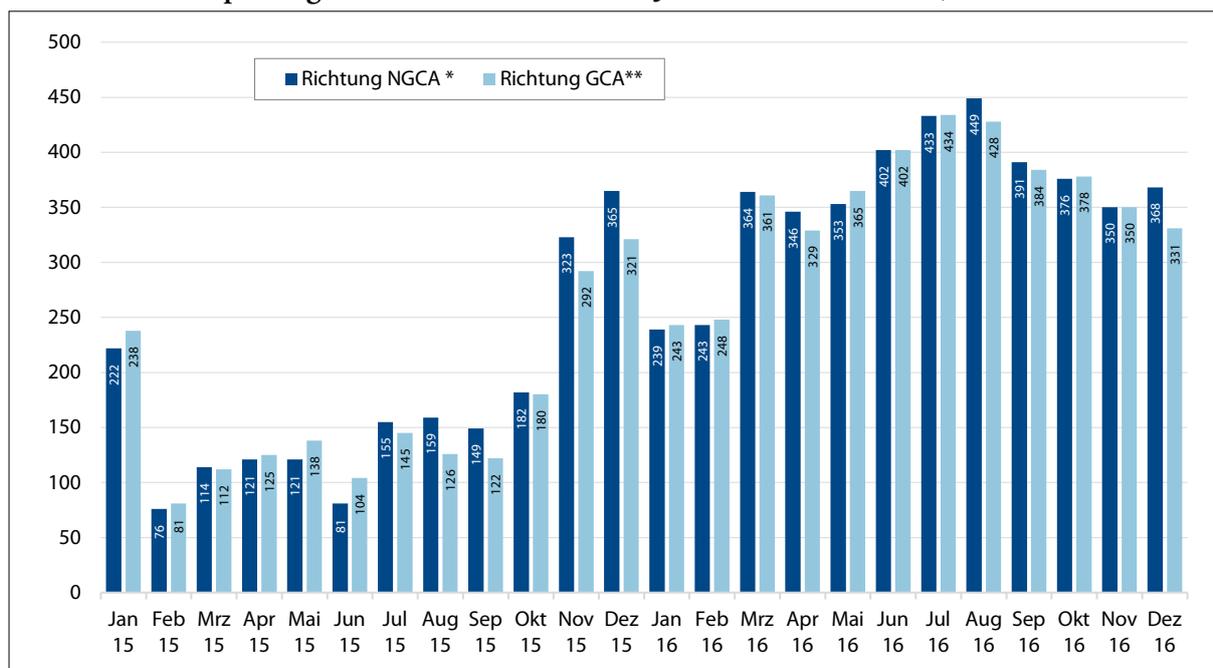
Grafik 2: Monatliche konfliktbedingte zivile Opfer in der Konfliktzone der Ostukraine von Februar 2015 bis November 2016



Quelle: UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA), Humanitarian Bulletin Ukraine Issue 14 und Issue 15, <<http://reliefweb.int/country/ukr>>

Überquerungen der Kontaktlinie in den Jahren 2015–2016

Grafik 1: Überquerungen der Kontaktlinie in den Jahren 2015 und 2016 (in Tausend Menschen)



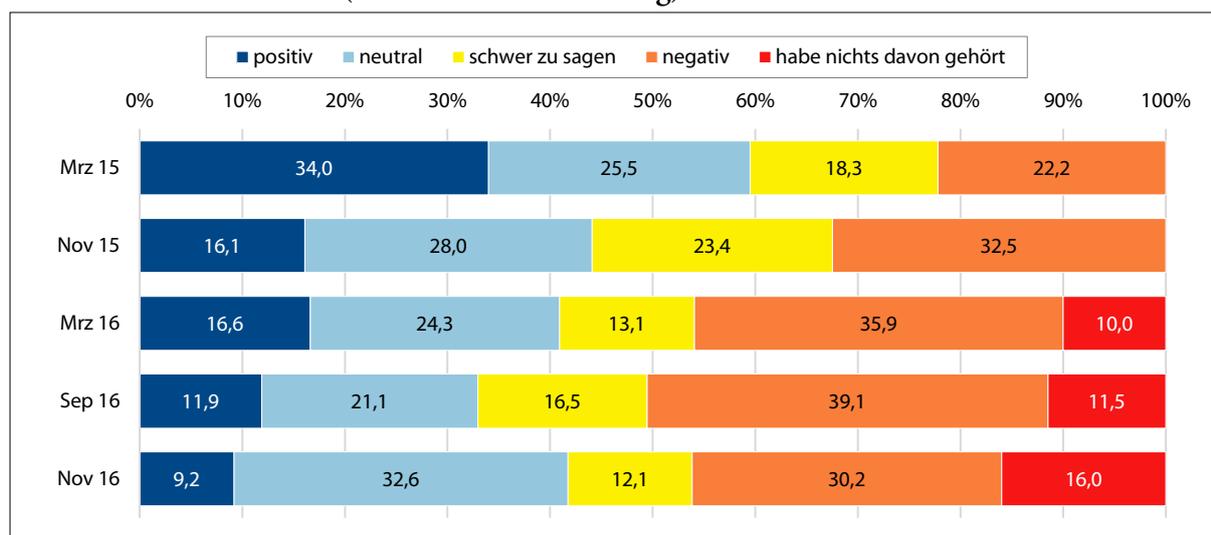
* GCA – Government-controlled areas; ** NGCA – Non-Government-controlled areas

Quelle: NGO »Foundation.101«, <<https://www.humanitarianresponse.info/system/files/documents/files/20170202-1en.pdf>>

UMFRAGE

Haltung der ukrainischen und russischen Bevölkerung zur Lösung des Donbass-Konflikts

Grafik 1: Wie bewerten Sie die aktuellen Ergebnisse der Minsker Vereinbarungen zum Donbass-Konflikt? (ukrainische Bevölkerung)



Anmerkung: Die Umfrage wurde in allen Regionen der Ukraine außer auf der Krim und in den von der ukrainischen Regierung nicht kontrollierten Gebieten in Donezk und Luhansk durchgeführt.

Quelle: repräsentative Umfragen des Razumkov-Zentrums (<http://www.razumkov.org.ua/upload/1461830509_file.pdf>; <<http://razumkov.org.ua/uploads/socio/infoDonbas1116.pdf>>; <<http://razumkov.org.ua/uploads/socio/Press0916Donbas.doc>>), Ukraine-Analysen Nr. 161, S. 19

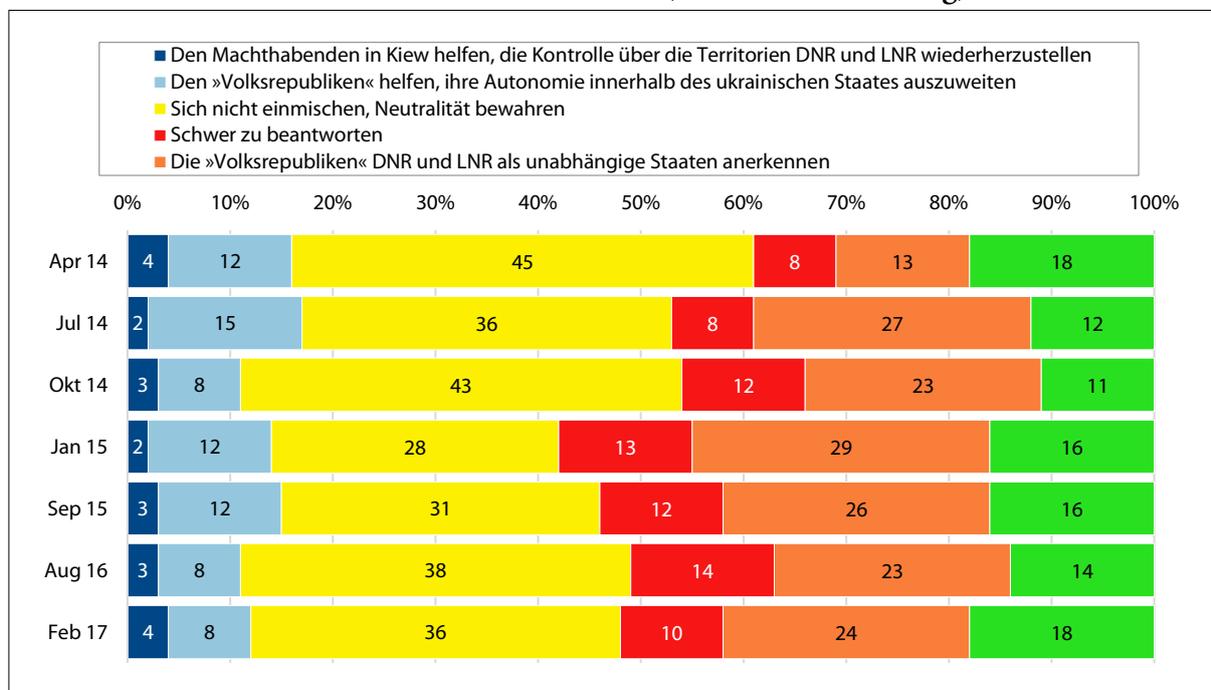
Tabelle 1: Wenn es ein Referendum zu der Frage gäbe, was für eine Politik die ukrainische Regierung gegenüber den vorübergehend besetzten Gebieten in den Regionen Donezk und Luhansk verfolgen müsste, welche der folgenden Optionen würden Sie unterstützen? (ukrainische Bevölkerung, November 2016)

	%	% derjenigen, die am Referendum teilnehmen würden
Die Gewährung eines speziellen Status für den Donbass; die Amnestie für alle an den separatistischen Bewegungen Beteiligten, die keine strafrechtlich relevanten Taten begangen haben; die Durchführung von Wahlen in den besetzten Gebieten des Donbass vor der Wiederherstellung der Kontrolle über diese Gebiete durch die ukrainische Regierung	23,4	29,6
Die offizielle Anerkennung der Besetzung dieser Gebiete und ihre Isolation bis zur vollständigen Wiederherstellung der Kontrolle über diese Gebiete durch die ukrainische Regierung	44,0	53,6
schwer zu sagen	32,7	16,8

Anmerkung: Die Umfrage wurde in allen Regionen der Ukraine außer auf der Krim und in den von der ukrainischen Regierung nicht kontrollierten Gebieten in Donezk und Luhansk durchgeführt.

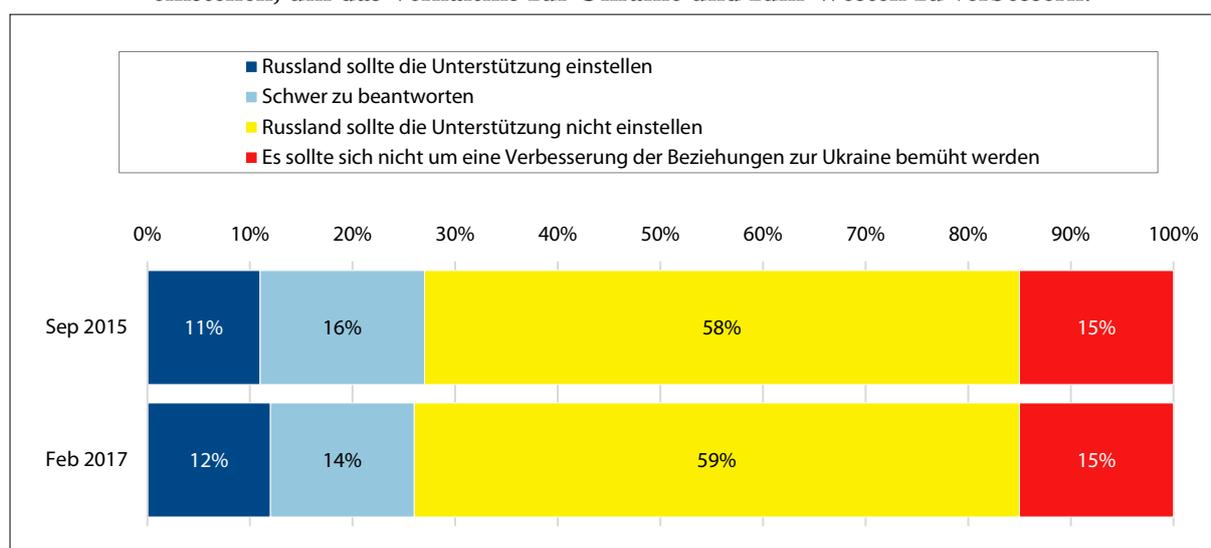
Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkov-Zentrums vom 18. bis 23. November 2016, <<http://razumkov.org.ua/uploads/socio/infoDonbas1116.pdf>>

Grafik 2: Was denken Sie, welche Position sollte Russland im Verhältnis zu den »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk einnehmen? (russische Bevölkerung)



Quelle: Zusammenfassung der Redaktion der Russland-Analysen (Nr. 331, S. 24 <<http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen331.pdf>>) nach Umfragen des WZIOM, April 2014 bis 5.–6. Februar 2017, <<http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=116076>>

Grafik 3: Was denken Sie, sollte Russland jegliche Unterstützung für die Milizen im Donbass einstellen, um das Verhältnis zur Ukraine und zum Westen zu verbessern?



Quelle: Zusammenfassung der Redaktion der Russland-Analysen (Nr. 331, S. 24 <<http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen331.pdf>>) nach Umfragen des WZIOM, April 2014 bis 5.–6. Februar 2017, <<http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=116076>>

Blockade der Bahnstrecken über die Kontaktlinie durch ATO-Veteranen und Rechten Sektor

Auszüge aus dem Bericht des Koordinationsbüros der Vereinten Nationen für humanitäre Hilfe (OCHA)

On 25 January, a group of ATO veterans launched a blockade of railway communications between GCA and NGCA [Anmerkung der Redaktion der Ukraine-Analysen: GCA – Government-controlled areas, NGCA – non-Government-controlled areas], demanding the release of prisoners of war by *de facto* authorities. The blockade shut down three out of four railway crossing points, with the combined capacity of 9 million tons of coal transported per year. The blockade primarily affects the delivery of anthracite coal from NGCA to GCA, which is used by the thermal power plants (TPPs) in Ukraine to produce electricity. TPPs account for one third of all electricity produced in Ukraine, and about 40 per cent of the coal consumed by TPPs is produced in NGCA of Donetska oblast. To avert an energy crisis, the Government of Ukraine (GOU) declared a state of emergency in the energy market, planned to last from 15 February to 17 March. The temporary emergency measures may be prolonged and potentially include rolling power blackouts. To compensate for the coal shortage, Ukraine has increased the share of nuclear energy in the overall energy balance of the country—from 47 per cent to almost 60 per cent. Yet, it would cost US\$550 million to stop using coal from the Donbas and would put an additional burden of approximately US\$40 million in unemployment allowance to thousands of potentially affected people. By 21 February, Ukraine's Metinvest mining and steel company put on hold the operations of its two enterprises: "Krasnodonugol" coke plant (Luhansk NGCA) and Yenakiieve steel plant (Donetsk NGCA). Tens of thousands of jobs are at stake, though the company announced it will retain workers and pay 75 per cent of salaries.

In addition to the railway blockade, on 16 February, ATO veterans blocked a motorway (Lysychansk to Zolote), signifying the alarming expansion of the blockade. On 24 February, the 'right sector' veterans set up a checkpoint near the crossing point Novotroitske, and on 2 March they further installed another checkpoint along the Kurakhove-Marinka highway, which could affect humanitarian cargo delivery. The economic impact of the blockade is likely to affect ordinary Ukrainians in many locations, with at least half a million of jobs are at risk and negative repercussions likely to affect some 1.5 million people - family members of former employees of energy enterprises included, and fuel social tensions. According to the Minister of Social Policy (MoSP), the blockade may lead to a 30 percent increase of electricity and other utility costs for Ukrainians.

Meanwhile, by the end of February, *de facto* authorities announced a plan to seize control of the enterprises in areas under their control and cease the coal delivery to Ukraine in case the transport blockade is not withdrawn. The plan started coming into effect on 1 March, when *de facto* authorities 'nationalized' some 40 Ukrainian enterprises in Donetsk NGCA, according to "DPR" Head, Alexander Zakharchenko. A telecommunication provider, Ukrtelecom, informed about suspension of telephone services in NGCA since 1 March, caused by interruption into the work and occupation of their office by armed groups. The company had to cut off some 200,000 subscribers. The so-called "Ministry of communication of DPR" have started to restore telephone and internet connection on 2 March. Meanwhile, on 2 March, the Cabinet of Ministers discussed an order, further regulating trade exchanges across the 'contact line', including humanitarian aid. *Quelle: OCHA Humanitarian Bulletin, Ukraine, Issue 16, 1 January–28 February 2017, <https://www.humanitarianresponse.info/system/files/documents/files/ukraine_humanitarian_bulletin_issue_16_jan_feb_2017_en.pdf>*

Auszüge aus den Berichten der OSZE-Beobachtermission in der Ukraine

27.12.2016

In Kyiv, on 26 December the SMM observed a press conference organized by former Donbas and Aidar battalions, where the speakers announced that they would conduct a trade blockade on areas not under government control as people allegedly being detained in those areas had not been released yet. On the evening of that day on Independence Square the SMM saw a yellow tent with flags of Donbas and Aidar battalions and a national flag and a banner marking the tent as the headquarters of the blockade of trade. The following day the SMM saw seven men (middle aged) wearing camouflage clothes (one with Aidar battalion patch) standing around the tent, some of whom talked to pedestrians. One of the activists present told the SMM that they were recruiting volunteers who would join a trade blockade on areas not under government control along the contact line.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/291416>>

26.01.2017

The SMM followed up on reports of a blockade of a railway track near government-controlled Hirske. The railway leads towards the “LPR”-controlled settlements of Donetskyi and Sentianivka (formerly Frunze) (49 and 44km west of Luhansk, respectively). The Mission had observed a train travelling east through Donetskyi on 23 January. The SMM observed that the tracks had been blocked by tree trunks under a bridge on the southern edge of the settlement. About 20 unarmed men wearing camouflage clothing told the Mission that they were veterans from former volunteer battalions. The SMM observed a tent near the blockade site. Three of the men told the SMM that they were against the passage of cargo traffic across the contact line and were seeking to stop all rail traffic or at least to stop smuggling, and to have people in detention in “LPR”-controlled areas released.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/295996>>

13.02.2017

In “DPR”-controlled Yenakiieve (41km north-east of Donetsk) a manager at a steel plant told the Mission that if the blockage of railway traffic to and from areas not controlled by the Government continued, the plant’s two blast furnaces would become inoperable within a month. He said that the closure of the factory could endanger up to 15,000 jobs in the steel industry. Three representatives of a power plant in government-controlled Mykolaivka (95km north of Donetsk) told the SMM that the blockade affected coal supplies to the plant which provided heating for about 15,000 people. The men went on to say that the power plant was dependent on a type of coal found in areas not controlled by the Government.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/299686>>

17.02.2017

Following up allegations of an additional blockade point in Donetsk region, the SMM observed 15 railway wagons, some of which were loaded with coal, standing on the tracks near government-controlled Verkhnotoretske. A resident told the SMM that the wagons had been present there for about one week.

(...) In Kyiv the SMM spoke with two of the co-ordinators of the blockade in Donetsk and Luhansk regions who explained that the blockade was initiated by volunteers of the civic organization, “Interior corps of Donbas and Aidar battalions”, to stop what they said were smuggling schemes. The representative stated that their demands were the release of all those detained in areas not controlled by the Government and the adoption of legislation by the Parliament regarding these areas. They alleged that more could have been done to find alternative sources of fuel in the last three years. One of the representatives stated that a new blockade site would be established near Zolote.

At a briefing headed by senior representatives of DTEK energy company in Kyiv the speaker stated that three of four railroad supply routes between government and non-government-controlled areas had been blocked since the beginning of February. He went on to say that difficulties in supplying anthracite coal, mined in areas not controlled by the Government, could ultimately lead to cuts in electricity and heating for tens of thousands of people and a loss of employment for even more on both sides of the contact line.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/300816>>

21.02.2017

At the Yasynuvata railway station the SMM saw over 350 stationary cargo train carriages full of coal, none of which was connected to a locomotive.

(...) In Kyiv, the SMM monitored a rally outside of the Parliament building. The SMM saw some 1,800 people protesting in support of the blockade in the east. The Mission saw about 200 law-enforcement officers present around the Parliament and noted 40 additional law-enforcement buses parked in the adjacent Mariinski Park. The event ended without incidents.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/301416>>

23.02.2017

The director of the coal mine located in “LPR”-controlled Verhulivka (61km west of Luhansk) told the SMM that the coal mine was operational, but the extracted coal was stored in the warehouse, because it was not possible to transfer the coal to government-controlled areas due to the blockade. The director of the *Komsomolets Donbassa* coal mine in “DPR”-controlled Khrestivka (former Kirovske, 35km north-east of Donetsk) told the SMM that they were still able

to deliver coal by train to the *Lubanska TES* thermal power plant in Shchastia, but did not receive supplies, such as machinery spare parts, wood for mine shafts and lubricants from government-controlled areas due to the blockade.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/301781>>

01.03.2017

The SMM followed up on reports of the closure of humanitarian aid distribution centres. At a cultural centre in Horlivka where a Rinat Akhmetov Foundation centre was located, the director of the cultural centre told the SMM that the foundation had closed its office on 28 February. The SMM saw armed men at the spot. A representative of the foundation said that aid distribution centres in Donetsk region, both in government- and non-government-controlled areas, had been closed.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/302556>>

02.03.2017

In Horlivka, an “UkrteleKom” office staff member told the SMM that as of 1 March, the landline phone connection and internet to government-controlled areas had been switched off and as of 2 March, the landline phone and radio transmission were operational only inside “DPR”-controlled areas, while internet connectivity had not been restored. He added that until 1 March, the company, which was privately owned, had been registered according to Ukrainian legislation and paid taxes to Ukraine’s budget, but would be taken over.

A representative of the Rinat Akhmetov Foundation told the SMM that activities only in non-government-controlled areas had been suspended.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/302791>>

03.03.2017

The SMM followed up on media reports that certain companies would be placed under “temporary administration” if not “registered” in non-government-controlled areas. On 2 March, a DTEK Sverdlovanratsyt representative in “LPR”-controlled Dovzhansk (formerly Sverdlovsk, 60km south-east of Luhansk) told the SMM that company executives had instructed employees to stay home until further notice. On 3 March, at a Metinvest Group metallurgical factory in “DPR”-controlled Yenakiieve (41km north-east of Donetsk), a company representative said the factory management had not received any notice in relation to “temporary administration”.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/302856>>

06.03.2017

Seven men and two women told the SMM that they were farmers from Poltava region who were participating in the blockade “to bring down the oligarchs and stop monopolies” and to achieve the release of detainees in areas not controlled by the Government.

In Bakhmut (formerly Artemivsk, 67km north of Donetsk) the Mission observed more than 20 railway wagons transporting clay through the blockade. Four men in military-style clothes told the Mission that the leadership of the blockade had agreed with a local business to allow trains to carry clay from Kurdiuivka (54km north of Donetsk) to Bakhmut. The men said they were also allowing passenger trains operating only in government-controlled areas to pass through. One of the men said he lived and worked in Bakhmut and volunteered at the blockade on his days off.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/303391>>

07.03.2017

Two employees (men, aged about 30 and 50) of a coal mine in “LPR”-controlled Brianka (46km south-west of Luhansk) told the SMM that the mine had stopped production on 21 February due to the blockade.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/303666>>

Die ukrainische »diasporic community« in Deutschland: Charakteristika und Engagement fürs Heimatland

Von Ljudmyla Melnyk (Berlin), Magdalena Patalong (Berlin), Richard Steinberg (Berlin/Hamburg)

Zusammenfassung

Während des Euromaidan und danach erlebte die ukrainische Gemeinde in Deutschland das Aufkommen neuer nichtstaatlicher Akteure: zivilgesellschaftlich engagierte Ukrainer, die eine neue »diasporic community« neben einer bestehenden »alten Diaspora« prägten. Basierend auf dem Forschungsprojekt »#EngageEUkraine – Engagement von Ukrainern in Polen und Deutschland« geht dieser Artikel der Frage nach, ob die »diasporic community« als ein neuer homogener nichtstaatlicher Akteur auftreten kann. Basierend auf 44 Interviews mit zivilgesellschaftlich engagierten und in Deutschland lebenden Ukrainern hat die Analyse gezeigt, dass dieses Potential existiert: Die »diasporic community« trägt mit ihren Aktivitäten nicht nur indirekt zur Demokratisierung der Ukraine bei, sondern fungiert gleichzeitig auch als kulturelle Brücke zwischen Deutschland und der ukrainischen Gesellschaft. Damit hat sie das Potential, auch zur Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Staaten beizutragen.

Einleitung

Die Kiewer Euromaidan-Proteste von 2013 und 2014 können als Initialzündung für Bildung und Engagement einer Zivilgesellschaft in der Ukraine und in den ukrainischen Gemeinden in Deutschland betrachtet werden. Zudem schufen die Annexion der Krim durch die Russische Föderation und der Krieg in der Ostukraine ein Gefühl der Zugehörigkeit zur ukrainischen Gemeinde, das zur Unterstützung der Ukraine über eine ganze Reihe verschiedener Diaspora-Aktivitäten führte – von politischen Demonstrationen und Kulturveranstaltungen bis hin zu militärischer und humanitärer Hilfe. Der kontinuierliche und unmittelbare Informationsfluss über die Entwicklungen in der Ukraine führte zur Ausbildung starker Verbindungen zwischen dem »Heimatland« und der Diaspora. Das wirft die Frage auf, ob und wie die ukrainische Diaspora die Stabilisierung und Demokratisierung in der Ukraine unterstützen kann.

Ukrainer in Deutschland – ein erster Überblick

Laut Statistischem Bundesamt lebten 2014 etwa 128.000 Menschen mit ukrainischer Staatsbürgerschaft in Deutschland. Vergleicht man diese Zahl mit der von 1995 (30.000), zeigt sich ein signifikantes Wachstum. Die größten Gruppen von Ukrainern finden sich in Nordrhein-Westfalen (28.000), Bayern (ca. 24.000) und Baden-Württemberg (ca. 14.000). Die Hauptgründe, um nach Deutschland zu kommen, sind Familie (18.810), Ausbildung (5.830) und Arbeit (4.550).

Durch historische Umstände wurde Süddeutschland zum Zentrum der ukrainischen Diaspora. Während und nach dem Zweiten Weltkrieg wurden etwa drei Millionen Ukrainer nach Westeuropa vertrieben, rund 2,3 Millionen von ihnen wurden als Zwangsar-

beiter nach Deutschland verschleppt. Nach Kriegsende kehrten viele freiwillig in ihre Heimat zurück oder wurden zwangsweise in die Sowjetunion repatriiert, ein kleiner Teil blieb in deutschen und österreichischen Displaced-Persons-Lagern (DP-Lagern). 1947 lebten geschätzt 140.000 Ukrainer in deutschen DP-Lagern. Bis Herbst 1945 waren noch 50 Prozent der ukrainischen Flüchtlinge in der US-Zone (hauptsächlich in Bayern) geblieben, 25 Prozent in der britischen und fünf Prozent in der französischen Zone Westdeutschlands. Ende 1951 waren nur noch 22.000 Ukrainer in Westdeutschland, ein Großteil war in andere westliche Länder ausgewandert.

Die DP-Lager waren sowohl politische als auch soziale Zufluchtsstätten der Ukrainer. Ihre Bewohner organisierten zahlreiche kulturelle, soziale, politische und Bildungsaktivitäten. Zum Schutz der Rechte der Ukrainer und zur Koordinierung ihres Lebens in den DP-Lagern wurde 1945 die offizielle Zentralvertretung der Ukrainischen Emigration in Deutschland gegründet. Neben offiziellen internationalen Institutionen kümmerten sich auch Institutionen wie das Ukrainische Rote Kreuz um die medizinische Versorgung. Es war zwar nicht offiziell anerkannt, arbeitete aber als unabhängige Einrichtung. Zudem wurden zahlreiche Bildungs- und Erziehungsinstitutionen wie Kindergärten, Grund- und weiterführende Schulen sowie höhere Bildungsinstitute ins Leben gerufen und etablierten sich, beispielsweise die Ukrainische Hochschule für Wirtschaft (München), die Freie Ukrainische Akademie der Wissenschaften (Augsburg) und die Ukrainische Freie Universität (München). Im Zuge der Auswanderung der meisten Ukrainer in andere westliche Länder Ende der 1940er und Anfang der 1950er Jahre übersiedelten auch viele höhere Bildungsinstitute in andere Länder. Die ein-

zige Ausnahme bildet die Ukrainische Freie Universität, die noch immer in München existiert. Mit der Auswanderung der Mehrheit der ukrainischen DPs, darunter viele Wissenschaftler, Schriftsteller und Journalisten, endete die kurze Periode, in der Deutschland das Zentrum des kulturellen und wissenschaftlichen ukrainischen Lebens in Westeuropa war. Es folgte nicht nur ein Mangel an wissenschaftlichen ukrainischen Institutionen in Deutschland, sondern auch an bilateralen institutionellen Foren. Entsprechend beteiligten sich an der öffentlichen Debatte über die Ukraine in Deutschland keine Ukrainer mehr direkt, und auch andere historische Ereignisse wurden seit den frühen 1950er Jahren nicht mehr aus der ukrainischen Perspektive kommentiert. Dieses Fehlen einer ukrainischen Perspektive und ukrainischer Akteure in der deutschen Öffentlichkeit sowie die allgemeinen Nachkriegsumstände in Deutschland führten zur »Unsichtbarkeit« der Ukrainer und ihrer Belange. Dass die Ukraine kein unabhängiger Staat war und die Sowjetunion meist als homogener politischer Akteur wahrgenommen wurde, verstärkte diesen Effekt noch.

Die Politik der deutschen Regierung, vor allem die sogenannte Ostpolitik Willy Brandts, die auf einen Abbau der Spannungen zwischen Westdeutschland und Osteuropa ausgerichtet war, verstärkte diese Unsichtbarkeit zusätzlich. Es lag nicht im Interesse der westdeutschen Regierung, im Rahmen der Ostpolitik mit einzelnen Sowjetrepubliken gesondert in Kontakt zu treten – dies hätte die Beziehungen zur Sowjetunion weiter verkompliziert. In der Konsequenz wurde die Ukraine für viele Jahre zum »weißen Fleck« in der öffentlichen Wahrnehmung der deutschen Gesellschaft. Diese Wahrnehmung blieb nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion erhalten – noch heute gilt die Ukraine häufig als Teil der russischen Einflussphäre.

Die ukrainische »diasporic community« in Deutschland – Aufstieg eines neuen nichtstaatlichen Akteurs?

Diesen weißen Fleck in Bezug auf ukrainische Belange gibt es auf der mentalen Landkarte vieler Deutscher zwar immer noch, er könnte jedoch langsam gefüllt werden. Das liegt hauptsächlich an der Entstehung eines potentiellen neuen nichtstaatlichen Akteurs, der ukrainischen »diasporic community«. Zu ihr zählen eine beträchtliche Zahl in Deutschland lebender Ukrainer, die nicht Teil der oben beschriebenen »alten Diaspora« und mit anderen Ukrainern auf nationaler und internationaler Ebene stark vernetzt sind. Hauptsächlich besteht diese Gruppe aus Arbeitsmigranten, Studenten und jüdischen Ukrainern, die in den letzten zehn Jahren nach Deutschland gekommen sind, sowie

aus deren (deutschen) Ehepartnern. Die Interviews zeigen, dass viele von ihnen sich nicht als Teil der ukrainischen Diaspora begreifen, sondern als Ukrainer, die auf bestimmte oder unbestimmte Zeit in Deutschland leben. Häufig ist ihre Motivation, sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren, sehr hoch und sie waren vor dem Euromaidan genauso wenig untereinander vernetzt wie in Bezug auf ukrainische Themen zivilgesellschaftlich engagiert. Als die Ereignisse auf dem Kiewer Euromaidan zur Mobilisierung und Manifestation einer Zivilgesellschaft in der Ukraine führten, fand in Deutschland eine ähnliche Entwicklung wie in der Ukraine statt. Der Euromaidan war die Initialzündung für die Vernetzung der Ukrainer in Deutschland und für ihr Engagement, aus dem heraus eine »diasporic community« entstand.

Das Gefühl, dass Hilfe notwendig sei, sowie ein wachsendes Zugehörigkeitsgefühl zur Gruppe der Ukrainer in Deutschland motivierte viele, sich an Solidaritätsprotesten und gemeinschaftlichen Aktionen zu beteiligen. Ende 2013 und Anfang 2014 kam es zu einer Vielzahl politischer Aktivitäten, deren Intensität, Organisation, Ziele und Mittel sich seitdem ständig verändern. Die Interviews zeigen, dass viele Aktivitäten seit ihrer Gründung den Prozess der Institutionalisierung und Professionalisierung durchlaufen. Der Einsatz sozialer Medien zur Initiierung von Protesten und gemeinschaftlichen Aktivitäten ermöglichte vermutlich nicht nur diesen Prozess, sondern war auch Mittel zur Etablierung neuer Kontakte und zum Ausbau persönlicher Netzwerke.

Neben den sozialen Medien spielte auch die Kirche eine entscheidende Rolle für die Vernetzung der Mitglieder der »diasporic community« untereinander. Vor dem Euromaidan war die Kirche (vor allem die Ukrainische griechisch-katholische Kirche) die einzige Plattform für Ukrainer in Deutschland, um sich zu treffen, zu diskutieren und Ideen auszutauschen. Während des Euromaidan gewann dieser Austausch zunehmend an Bedeutung. Darüber hinaus wurde der Vernetzungsprozess auch von Ukrainern selbst angetrieben, etwa über die Abhaltung sogenannter Stammtische. Weiterhin legten zunehmend auch die ukrainische Botschaft und die Generalkonsulate in Deutschland einen Fokus auf die Vernetzung von Ukrainern in Deutschland, etwa über die Organisation gemeinsamer Veranstaltungen.

Weiterhin machten die Interviews deutlich, dass die gemeinsamen Werte der Gruppe grundlegend für die Vereinigung der Mitglieder der Diaspora und ihrer unterschiedlichen Formen des Engagements sind. Genannt werden vor allem »Euromaidan-Werte« und »europäische Werte«, wie sie in Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union aufgeführt werden, etwa Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleich-

heit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte. Für die Interviewten entsteht durch diese gemeinsame Schnittmenge auch eine konstante Verbindung zum Euromaidan in Kiew und zur Zivilgesellschaft in der Ukraine. Angesichts der Breite und der fortschreitenden Institutionalisierung des Engagements der Ukrainer in Deutschland ist davon auszugehen, dass eine solchermaßen stabilisierte »diasporic community« langfristig betrachtet das Potential hat, als nichtstaatlicher Akteur zu fungieren.

Das Engagement der »diasporic community«

Die ersten ukrainischen Diasporainitiativen, die im November 2013 in Deutschland entstanden, organisierten hauptsächlich politische Proteste und Informationsaktivitäten (zum Beispiel die Euromaidan Wache Berlin). Ihr Engagement bestand nicht nur aus Solidaritätsbekundungen mit den Protesten in Kiew, viele Informationsinitiativen richteten sich genauso an die deutsche Öffentlichkeit. Die Interviewten berichteten, dass viele der zuvor politisch ausgerichteten Initiativen das Spektrum ihrer Betätigung im Zuge der ersten gewalttätigen Vorfälle auf dem Euromaidan und des nachfolgenden Kriegs in der Ostukraine ausweiteten – und ihre Aktivitäten nun auf die Ukraine konzentrieren, etwa in Form von humanitärer Hilfe für die an den Folgen des Kriegs in der Ostukraine leidenden Ukrainer oder durch militärische Unterstützung der ukrainischen Armee. Gleichzeitig gewinnen kulturelle sowie Informationsaktivitäten in Deutschland wieder an Bedeutung, da der Bedarf besteht, der deutschen Öffentlichkeit ukrainische Belange zu erklären und den »weißen Fleck« auf der mentalen Karte der Deutschen zu füllen.

Das Engagement in der Ukraine

Humanitäre und militärische Hilfe sind zentral für das Engagement der »diasporic community«. Zu ihren Hauptaktivitäten zählen die Versorgung von Krankenhäusern und sozialen Einrichtungen wie Waisenhäusern mit Geräten und Medikamenten, die Unterstützung von Familien und Hinterbliebenen von Soldaten sowie Flüchtlingen und – zu Beginn des Konflikts in der Ukraine – die Ausstattung der ukrainischen Armee, etwa mit Uniformen und Schutzwesten. Dieses Engagement wurde für notwendig erachtet, weil der Staat – an den Folgen des Krieges in der Ostukraine und der Wirtschaftskrise leidend – nicht in der Lage schien, dies selbst zu leisten. Im Rahmen der humanitären Hilfe kooperieren ukrainische Aktivisten in Deutschland oft mit der Zivilgesellschaft in der Ukraine. Die Interviewten betonten, dies diene nicht nur als Kontrollmechanismus, der sicherstellen soll, dass Spenden ihre Empfänger

erreichen, sondern sei auch von entscheidender Bedeutung, um Informationen aus der Ukraine zu erhalten. Die Mitglieder der »diasporic community« teilen – wie oben beschrieben – europäische Werte und bestehen im Rahmen ihrer Aktivitäten und Kooperationen mit Partnern in der Ukraine auch strikt auf diese Werte. So wird etwa ihr Engagement demokratisch strukturiert, so dass Entscheidungsfindungen oft auf Diskussionen basieren, an denen sich alle beteiligen können. Zudem folgen die Interviewten bei ihren Aktivitäten Transparenzregeln, beispielsweise indem Ausgaben und Tätigkeitsberichte veröffentlicht werden – nicht nur um das Vertrauen der deutschen Partner zu gewinnen, sondern auch um das diesen Regeln zugrunde liegende normative Konzept zu stärken. Das beeinflusst auch die Arbeit mit den Partnern in der Ukraine – die Interviewten geben an, dass sie sich nicht nur der Verlässlichkeit ihrer Partner versichern, sondern auch auf deren Seite Transparenz erwarten. Langfristig kann das Eintreten für demokratische Normen und die Anforderung an die Partner in der Ukraine, diese Normen zu erfüllen, die Zivilgesellschaft in beträchtlichem Maße beeinflussen und zu einer grundlegenden Demokratisierung der Ukraine von unten her führen.

Das Engagement in Deutschland

Ein wichtiger Teil der ukrainischen Aktivitäten in Deutschland soll die Zivilgesellschaft in der Ukraine unterstützen und stabilisieren und trägt so indirekt zu einer Demokratisierung des Landes bei. Gleichzeitig kann unter den Aktivisten aber auch der Trend beobachtet werden, sich wieder auf kulturelle und Informationsaktivitäten in Deutschland zu konzentrieren. Diese richten sich nicht nur an Mitglieder der »diasporic community«, sondern auch an die deutsche Gesellschaft – sie sollen die Lücke zwischen der deutschen Gesellschaft und den Ukrainern schließen und deren beschränkte Sichtbarkeit ausweiten, wie die Interviewten häufig betonten. So haben die ukrainischen Aktivisten beispielsweise den Eindruck, dass der Euromaidan von der deutschen Gesellschaft falsch wahrgenommen wurde, indem er in der öffentlichen Debatte in Deutschland häufig mit einer rechten Bewegung gleichgesetzt wurde. Sie setzten sich aktiv für eine Veränderung dieser Sichtweise ein, etwa durch die Übersetzung ukrainischer Nachrichten ins Deutsche, durch die Verwendung ihrer Parolen auf zahlreichen Demonstrationen in deutscher Sprache sowie durch die Organisation von Informationsveranstaltungen, auf denen sie erklärten, dass es dem Euromaidan nicht um Nationalismus, sondern um europäische Werte ging.

Gleichzeitig äußerten die Interviewten den Eindruck, dass die ukrainische Kultur und Geschichte

häufig mit der russischen assoziiert wird. Das scheint hauptsächlich an der historischen Wahrnehmung der Ukraine als reinem »postsowjetischen« Staat zu liegen, der weiterhin Teil der russischen Einflussosphäre ist. Die engen Verbindungen zwischen Deutschland und Russland verstärken dieses Verständnis von der Ukraine genauso wie der starke Einfluss der russischen Propaganda in Deutschland, so die Interviewten. Um dieser Wahrnehmung etwas entgegenzusetzen, organisieren Aktivisten verschiedene Veranstaltungen zu ukrainischer Kultur und Geschichte.

Als weiteres Problem macht die »diasporic community« die Indifferenz vieler Deutscher in Bezug auf das Engagement von Ukrainern aus. Obwohl der Euromaidan, die Annexion der Krim und der Krieg in der Ostukraine lange in den deutschen Medien präsent waren und die Deutschen die humanitäre Hilfe für die Ukraine unterstützt haben, beschrieben viele der Interviewten einen Mangel an Unterstützung für die Aktivitäten der »diasporic community«. Dies zeigte auch die geringe Vernetzung zwischen der »diasporic community« und anderen deutschen Akteuren, etwa Zivilgesellschaft, Medien und politischen Institutionen. Dieses Problem geht nicht nur auf eine fehlende oder kritische Wahrnehmung des ukrainischen Engagements durch die deutsche Gesellschaft zurück, sondern liegt auch an fehlenden Plattformen für gemeinsame Initiativen. Nur wenige deutsche Institutionen haben mit ukrainischen Akteuren in der Ukraine selbst oder in Deutschland vor 2014 zusammengearbeitet. Die wenigen von den Interviewten erwähnten Organisationen halten meist nur einmal jährlich stattfindende Konferenzen oder runde Tische ab, verfolgen aber keine langfristigen Aktivitäten – etwa zum Kapazitätsaufbau in der Ukraine –, die auch die in Deutschland lebenden Ukrainer durch ihre Qualifikationen und interkulturellen Kompetenzen unterstützen könnten. Einige wenige Ausnahmen sind die »Kiewer Gespräche« und bilaterale Initiativen wie die Deutsch-Ukrainische Historikerkommission, das UKRAINE Network oder das Ukrainelab-Forum, die nach dem Euromaidan gegründet wurden und haupt-

sächlich Vernetzungsforen sind. Trotz dieser Initiativen finden Kooperationen zwischen deutschen und ukrainischen zivilgesellschaftlichen Akteuren insgesamt nur in sehr begrenztem Ausmaß statt. Die Anläufe von Ukrainern, Zugang zur deutschen Öffentlichkeit zu finden, haben meist kaum langfristigen Erfolg. Mit ihrem Engagement bemüht sich die »diasporic community« dennoch aktiv, die deutsche Wahrnehmung von der Ukraine zu beeinflussen, so dass langfristig das Potential entsteht, den »weißen Fleck« auf der mentalen Landkarte der Deutschen zu füllen und die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine positiv zu beeinflussen.

Fazit

In der Geschichte waren die Ukrainer lange Zeit eine unsichtbare Gemeinschaft, ein »weißer Fleck« auf der mentalen Landkarte der deutschen Öffentlichkeit. Der Euromaidan führte zur Entstehung einer neuen Gruppe: der »diasporic community«. Der hohe Vernetzungsgrad ihrer Mitglieder untereinander und deren gemeinsame europäische Wertebasis verschaffen dieser Gruppe das Potential, als neuer nichtstaatlicher Akteur aufzutreten, sollten sich die Institutionalisierung und Professionalisierung ihres Engagements fortsetzen. Zur Abschätzung ihres Potentials wurden zwei Hauptbereiche des Engagements analysiert. Es hat sich gezeigt, dass die beschriebenen Aktivitäten das Potential besitzen, die Stabilisierung und Demokratisierung der Ukraine langfristig zu unterstützen – durch Bereitstellung von gezielter Hilfe und durch Verbreitung demokratischer Praktiken in Zusammenarbeit mit Akteuren der ukrainischen Zivilgesellschaft. Gleichzeitig erlebt die »diasporic community« in Deutschland einen neuen Trend: Immer mehr Aktivisten arbeiten in deutschen Projekten, die den Aufbau von Kapazitäten in der Ukraine unterstützen. Damit stellen sie nicht nur ihre Expertise zur Verfügung, sondern bilden mit ihrer interkulturellen Kompetenz auch eine Brücke zwischen deutscher und ukrainischer Zivilgesellschaft.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Dies ist eine gekürzte Fassung des Artikels, der erstmalig in *Ukraine-Analytica* 2 (4)/2016, S. 49–57 auf Englisch publiziert wurde. Die Redaktion der Ukraine-Analysen dankt der Zeitschrift *Ukraine-Analytica* und den Autoren für die Erlaubnis zum Nachdruck. Die ganze Studie zur ukrainischen Diaspora »#EngagEUkraine. Engagement der Ukrainer in Polen und Deutschland« ist unter dem folgenden Link zu finden: <<http://iep-berlin.de/wp-content/uploads/2016/05/EngagEUkraine.-Engagement-der-Ukrainer-in-Polen-und-Deutschland.pdf>>. Die vollständige Version des Artikels auf Englisch finden Sie unter <<http://ukraine-analytica.org/wp-content/uploads/germany.pdf>>.

Über die Autoren:

Ljudmyla Melnyk ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Europäische Politik (IEP) und Leiterin des Projektes zur Förderung ukrainischer Denkfabriken. Zu ihren wissenschaftlichen Schwerpunkten gehören die Entwicklung der ukrainischen Zivilgesellschaft, die Beziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine sowie interkulturelle

Kommunikation. Studium: Lessja Ukrajinka-Universität Wolhynien (Magister) und Johannes Gutenberg-Universität Mainz (M.A.).

Magdalena Patalong ist Projektmitarbeiterin am Institut für Europäische Politik (IEP). Sie beschäftigt sich mit verschiedenen Aspekten der Zivilgesellschaft in Osteuropa sowie der Östlichen Partnerschaft und den EU-Russland Beziehungen. Studium: Ludwig-Maximilians-Universität München (B.A.) und Freie Universität Berlin (M.A.).

Richard Steinberg ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Hamburg (UHH) und am Institut für Europäische Politik (IEP) in Berlin. Er promoviert derzeit am Lehrstuhl für Europäische Integrationsgeschichte der UHH zum Thema »Das Konzept der Krise in der europäischen Integrationsgeschichte«. Weitere Schwerpunkte seiner Arbeit sind Geschichte der Europäischen Integration und soziale Integration der Europäischen Union. Richard Steinberg ist Alumnus der Stiftung der Deutschen Wirtschaft (sdw).

Lesetipps

- Katrin Böttger/Andriy Korniychuk/Agnieszka Łada/Ljudmyla Melnyk/Magdalena Patalong/Julian Plottka/Justyna Segeš Frelak/Richard Steinberg/Łukasz Wenerski: #EngagEUkraine. Engagement der Ukrainer in Polen und Deutschland, Warschau 2016, <<http://iep-berlin.de/wp-content/uploads/2016/05/EngagEUkraine.-Engagement-der-Ukrainer-in-Polen-und-Deutschland.pdf>>
- Oleksandra Bienert: »Die deutsch-ukrainischen Beziehungen auf zivilgesellschaftlicher Ebene: Stand und Verbesserungsvorschläge«, Ukraine-Analysen Nr. 148, S. 16–19, <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen148.pdf>>

STATISTIK

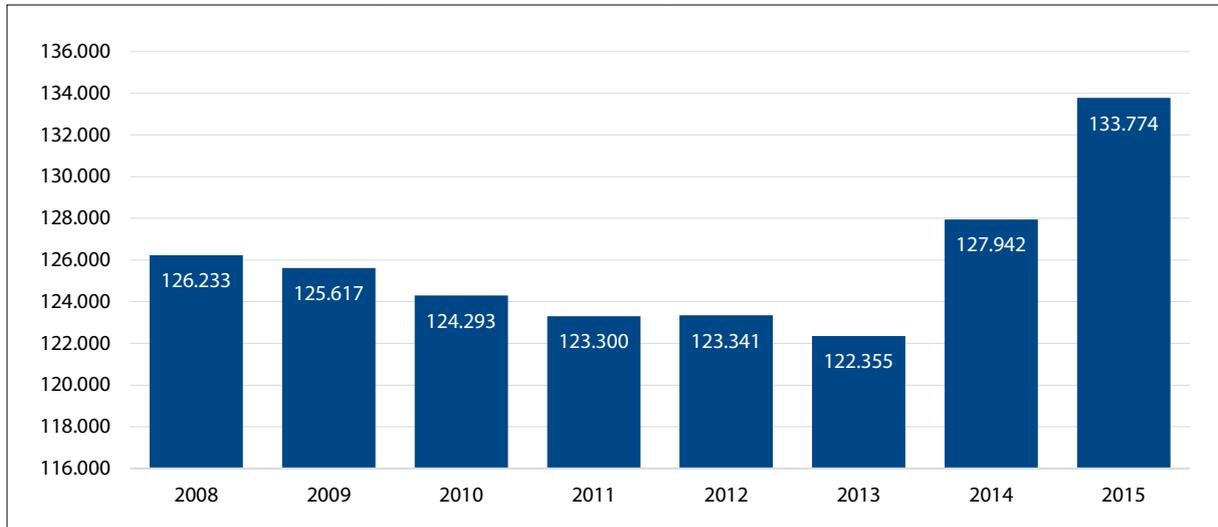
Ukrainische Diaspora in Deutschland

Tabelle 1: Ausländische Bevölkerung in Deutschland im Jahr 2015

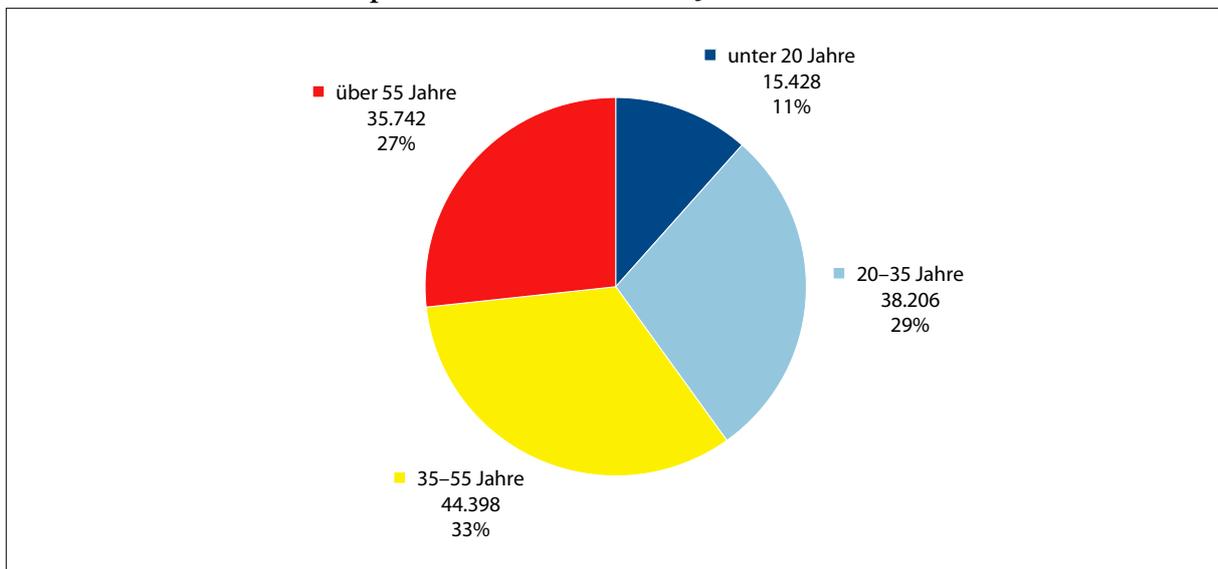
Insgesamt	9.107.893
Ostmitteleuropa*	1.583.420
ehemalige Sowjetunion	613.033
davon	
Russische Föderation	230.994
Ukraine	133.774
Kasachstan	46.344
Georgien	22.030
Belarus	21.151
Armenien	19.222
Aserbaidshjan	18.766
Moldau	14.815

* Polen, Lettland, Litauen, Estland, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn

Quelle: Zusammenstellung der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben des Statistischen Bundesamts, <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/AuslaendBevoelkerung2010200157005.xlsx?__blob=publicationFile>

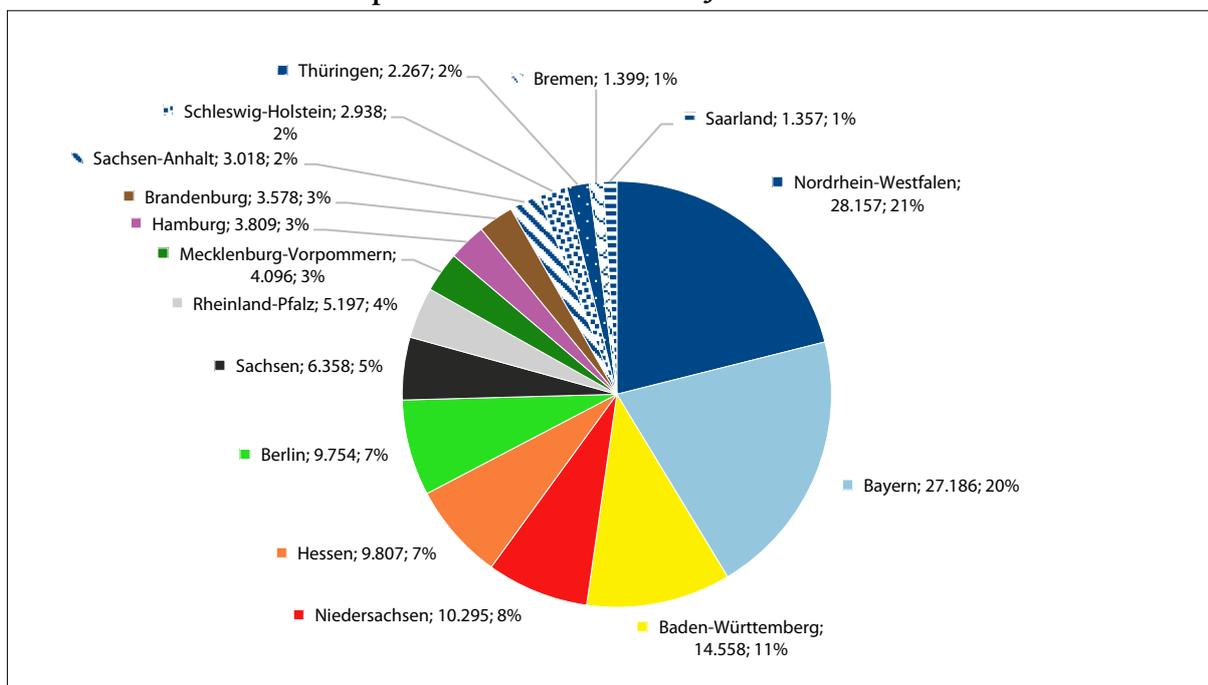
Grafik 1: Ukrainische Diaspora in Deutschland: Dynamik 2008–2015

Quelle: Zusammenstellung der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben des Statistischen Bundesamts, <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/AuslaendBevoelkerung2010200157005.xlsx?__blob=publicationFile>

Grafik 2: Ukrainische Diaspora in Deutschland zum Jahresende 2015 nach Alter

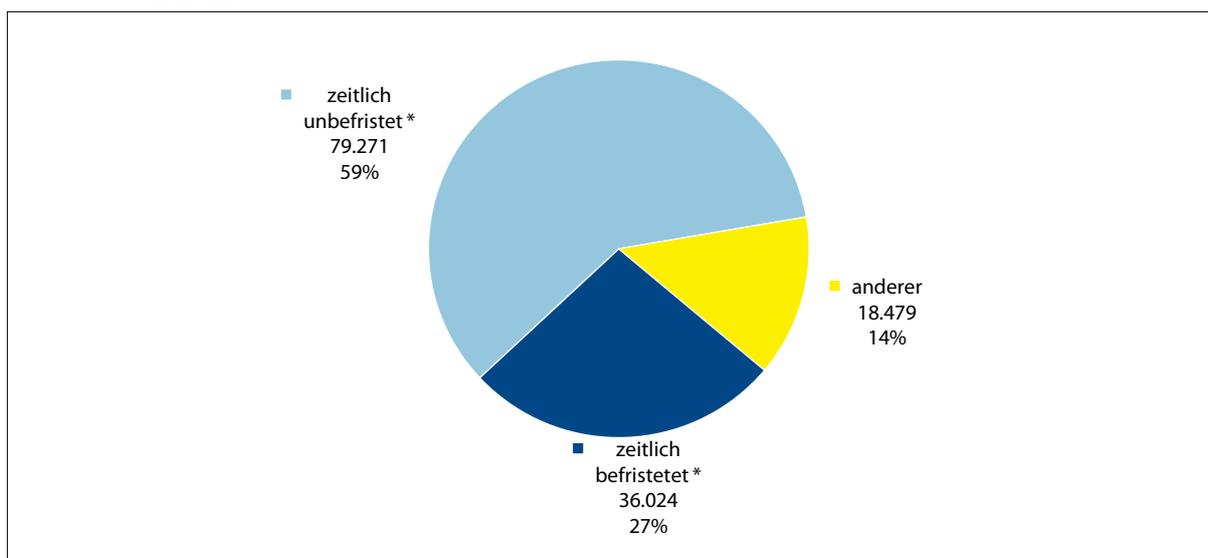
Insgesamt: 133.774 Personen

Quelle: Zusammenstellung der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben des Statistischen Bundesamts, <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/AuslaendBevoelkerung2010200157005.xlsx?__blob=publicationFile>

Grafik 3: Ukrainische Diaspora in Deutschland zum Jahresende 2015 nach Bundesländern

Insgesamt: 133.774 Personen

Quelle: Zusammenstellung der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben des Statistischen Bundesamts, <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/AuslaendBevoelkerung2010200157005.xlsx?__blob=publicationFile>

Grafik 4: Ukrainische Diaspora in Deutschland zum Jahresende 2015 nach aufenthaltsrechtlichem Status

* nach altem oder neuem Ausländergesetz

Insgesamt: 133.774 Personen

Quelle: Zusammenstellung der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben des Statistischen Bundesamts, <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/AuslaendBevoelkerung2010200157005.xlsx?__blob=publicationFile>

20. Februar – 4. März 2017

20.02.2017	Die fünf Angehörigen der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), die am Vortag bei einer Kundgebung auf dem Maidan in Kiew festgenommen worden waren, kommen wieder frei. Die Kundgebung der OUN und anderer nationalistischer Gruppen sollte Unterstützung für die seit Wochen andauernde Blockade der Eisenbahngleise im Osten des Landes ausdrücken. Die Blockade der Aktivisten soll den Transport von Kohle aus den von Separatisten kontrollierten Gebieten unterbinden. Am Abend demonstrieren erneut einige Hundert Menschen auf dem Maidan zur Unterstützung der Blockade.
20.02.2017	Nach Angaben des Innenministers Arsen Awakow besitzen ukrainische Bürger im ganzen Land rund eine Million legaler Feuerwaffen. Im Jahr 2016 seien durch solche Waffen insgesamt 38 Menschen getötet worden. Awakow erklärt, man arbeite an einer neuen Datenbank, um die kursierenden Waffen besser erfassen und kontrollieren zu können.
20.02.2017	Die Radikale Partei Oleh Ljaschkos schließt den Parlamentsabgeordneten Andryj Artemenko aus ihrer Fraktion aus und fordert ihn auf, sein Mandat niederzulegen. Zuvor war nach Recherchen der New York Times bekannt geworden, dass Artemenko einen Vorschlag zur Befriedung des Konflikts mit Russland ausgearbeitet und ihn Michael Flynn, dem mittlerweile zurückgetretenen Sicherheitsberater des US-Präsidenten Donald Trump, übergeben habe. Dieser Plan habe vorgesehen, dass Russland alle Armeeeinheiten aus der Ostukraine abzieht und im Gegenzug in der Ukraine ein Referendum über die Frage abgehalten wird, ob die Krim für 50 oder 100 Jahre an Russland verpachtet wird. Artemenko hatte behauptet, dass auch Berater des russischen Präsidenten Wladimir Putin mit dem Plan einverstanden gewesen seien. Artemenko erklärt am Folgetag, er habe nicht die Absicht, sein Parlamentsmandat niederzulegen. Seinen Einsatz für diese Initiative könne er am besten aus dem Parlament heraus führen.
21.02.2017	Der Konzern Metinvest des ukrainischen Unternehmers Rinat Achmetow gibt bekannt, dass zwei seiner Firmen aufgrund der anhaltenden Kämpfe im Donbass und der Blockade der Bahnverbindung zwischen dem ukrainisch und dem von Separatisten kontrollierten Teil ihre Produktion unterbrechen. Es handelt sich um das kohleverarbeitende Unternehmen Krasnodonugol sowie den Stahlproduzenten EMS.
21.02.2017	Das Stockholmer Internationale Friedensforschungsinstitut (SIPRI) veröffentlicht einen Bericht zum weltweiten Waffenhandel. Unter den Gebieten, in die Russland im Berichtszeitraum der Jahre 2012 bis 2016 Panzer und Raketensysteme geliefert habe, befinden sich auch die von Separatisten kontrollierten Regionen in der Ostukraine. In Russland weist man seit Beginn des Konflikts entsprechende Anschuldigungen zurück und betont, die Separatisten hätten ihre Ausrüstung zu Beginn der Kämpfe von der ukrainischen Armee erbeutet oder von einzelnen Armeeangehörigen gekauft. In dem Bericht heißt es, im Einzelfall sei es oft schwer nachzuweisen, woher ein Waffensystem stammt, weil die ukrainische Armee ähnliche Systeme verwende.
22.02.2017	Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International wirft in einem Bericht beiden Seiten des Konflikts im Donbass vor, Kriegsverbrechen in Form von Folter zu begehen. Es seien auch Menschen festgenommen worden, um sie bei Gefangenenaustauschen einzusetzen. Bezüglich der Krim beklagt die Organisation starke Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit. Journalisten vom ukrainischen Festland würden nicht auf die Halbinsel vorgelassen, heimische Journalisten müssten für kritische Positionen mit Strafverfahren rechnen. Zudem würden gewaltsame Entführungen oft nicht ausreichend verfolgt.
22.02.2017	In Kiew demonstrieren mehrere Tausend Angehörige nationalistischer Parteien und Organisationen, darunter die Partei Freiheit, der Rechte Sektor und die neue Partei »Nationaler Körper«, die aus dem Freiwilligenbataillon Asow hervorgegangen ist. Die Demonstranten fordern Neuwahlen von Parlament und Präsident, eine Verstaatlichung strategischer Zweige der Wirtschaft, eine Fortdauer des Moratoriums zum Verkauf von Land sowie eine Unterbindung des Handels mit den separatistisch kontrollierten Gebieten im Donbass.
23.02.2017	Nachdem der Unternehmer Dmitro Firtasch am 21. Februar 2017 in Wien aufgrund einer Anfrage aus Spanien festgenommen worden war, entscheidet ein Wiener Gericht gegen eine Verhaftung Firtaschs. In Spanien wird Firtasch Geldwäsche vorgeworfen. Firtasch wird jedoch erneut festgenommen, diesmal im Zusammenhang mit einem Verfahren, das ihm in den USA wegen Korruption droht. Im Jahr 2014 war Firtasch trotz Protesten der USA nicht ausgeliefert worden, sondern gegen eine Kaution in Höhe von 125 Millionen Euro freigelassen worden. Am Folgetag kommt Firtasch wieder auf freien Fuß.
23.02.2017	Das niederländische Unterhaus ratifiziert das Assoziationsabkommen der EU mit der Ukraine. Das Oberhaus muss noch zustimmen. Im Jahr 2016 hatte sich bei einem konsultativen Referendum eine Mehrheit gegen die Assoziation ausgesprochen – die Wahlbeteiligung hatte bei etwa 32 % gelegen.

24.02.2017	Nachdem die Filteranlage der ostukrainischen Stadt Awdijiwka unter Beschuss geraten ist und ihr Personal in Sicherheit gebracht werden musste, wird das Wasser in der Stadt erneut abgestellt. Awdijiwka, das sich unter der Kontrolle der Ukraine befindet, war Ende Januar 2017 Schauplatz einer Eskalation des Konflikts. Der Verwaltungschef des ukrainisch kontrollierten Teils der Region Donezk, Pawlo Scherbizkyj, erklärt, der Ausfall der Filteranlage treffe auch Bewohner im separatistisch kontrollierten Donezk.
24.02.2017	Vertreter der OSZE-Beobachtermission melden, dass die Zahl der Verletzungen des Waffenstillstandes in den vergangenen Wochen deutlich zurückgegangen sei. Nach den Daten der Organisation ist diese Zahl in etwa so hoch wie vor der Eskalation bei Awdijiwka.
24.02.2017	Nach Angaben einer Nachrichtenagentur der »Volksrepublik Donezk« treffen die ukrainische Abgeordnete Nadeschda Sawtschenko und der Vorsitzende einer ukrainischen Initiative zur Befreiung der Gefangenen, Wladimir Ruban, gemeinsam in Donezk ein. Später berichtet Sawtschenko von ihrem Besuch bei den ukrainischen Gefangenen.
24.02.2017	Der Vorsitzende der OSZE-Beobachtermission, Ertugrul Apakan, beklagt einen Zwischenfall mit einer Aufklärungsdrohne der Mission auf dem Gebiet der »Volksrepublik Donezk« (DNR). Bewaffnete Personen, Angehörige der Streitkräfte der »DNR«, hätten die Drohne, die zur Aufklärung des Beschusses der Filteranlage in der Region Awdijiwka eingesetzt werden sollte, mit vorgehaltener Waffe eingezogen.
26.02.2017	Die Vertreterin der Ukraine in der Arbeitsgruppe für humanitäre Fragen der trilateralen Kontaktgruppe zwischen der OSZE, Russland und der Ukraine, Irina Heraschtschenko, erklärt, die Ukraine werde auch in Zukunft keine direkten Verhandlungen mit Vertretern der Separatisten in der Ostukraine führen. Sie kritisiert Versuche, solche direkten Verhandlungen in Gang zu setzen und warnt, sie würden die Zusammenarbeit in den etablierten Formaten, die auch die OSZE und Russland einschließen, untergraben. Zuvor war die ukrainische Abgeordnete Nadeschda Sawtschenko in die »Volksrepublik Donezk« gereist, wo sie von Vertretern der Separatisten zu zwei Orten begleitet wurde, an denen ukrainische Gefangene festgehalten werden.
26.02.2017	Das US-Außenministerium ruft in einer Stellungnahme Russland und die von ihm unterstützten Separatisten dazu auf, den Waffenstillstand einzuhalten, die schweren Waffen von der Frontlinie abzuziehen und der OSZE-Beobachtermission vollen Zugang zu allen Gebieten zu gewähren.
27.02.2017	Der ehemalige Vorsitzende der inoffiziellen Vertretung der Krimtataren, Mustafa Dschemilew, erklärt, dass seit der Annexion der Krim durch Russland etwa 20.000 Krimtataren die Halbinsel verlassen hätten.
28.02.2017	Auf einer gemeinsamen Sitzung von Regierungsvertretern und Repräsentanten großer metallverarbeitender Unternehmen ruft Innenminister Arsen Awakow zu entschlossenem Vorgehen gegen die Blockade auf, mit der Aktivisten seit Wochen die Lieferung von Kohle aus den separatistisch kontrollierten Gebieten unterbinden. Er kritisiert den Ministerpräsidenten Wolodymyr Hrojsman für dessen laut Awakow zu liberale Haltung.
28.02.2017	Teilnehmer der Blockade der Eisenbahngleise im Osten des Landes beklagen, dass sie von mit Messern bewaffneten Unbekannten angegriffen würden, ohne dass die Polizei eingreife. Ein hoher Polizeivertreter der Region Donezk erklärt später, die Polizei habe 37 Menschen festgenommen, die an der Attacke auf die Blockadeteilnehmer beteiligt gewesen seien.
28.02.2017	Nach Angaben des staatlichen Statistikdienstes steigt das reale Einkommen im Januar 2017 im Vergleich zum Januar 2016 um 21 %.
01.03.2017	Vertreter der »Volksrepubliken« von Donezk und Luhansk (DNR und LNR) erklären, sie würden Unternehmen, die sich nicht nach den Bedingungen der »Volksrepubliken« registrieren, unter ihre Kontrolle bringen. Am Nachmittag meldet der »Ministerpräsident« der »Volksrepublik Donezk«, Oleksandr Sachartschenko, dass bereits 40 Unternehmen unter die Kontrolle der DNR gebracht worden seien. Man habe versucht, die ursprünglichen Eigentümer auf dem Gebiet der Ukraine zu kontaktieren, was erfolglos geblieben sei.
02.03.2017	Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman erklärt, die Blockade der Kohletransportwege im Osten des Landes zwingt die ukrainische Metallindustrie dazu, wieder vermehrt Kohle aus Russland einzukaufen.
02.03.2017	Aus Awdijiwka in der Region Donezk wird wieder vermehrt Beschuss gemeldet.
02.03.2017	In der Region Lwiw kommt es in einem Kohleschacht zu einer Explosion. Acht Bergleute kommen ums Leben, sechs können lebend geborgen werden. Zwanzig weitere werden verschüttet.

02.03.2017	Das Nationale Antikorruptionsbüro verdächtigt den Vorsitzenden des Staatlichen Fiskaldienstes, Roman Nasirow, in betrügerische Geschäfte, die dem Abgeordneten Oleksandr Onischtschenko vorgeworfen werden, verwickelt zu sein. Onischtschenko, der sich zurzeit im Ausland aufhält und von dort aus den Präsidenten Petro Poroschenko der Korruption und des Stimmenkaufs beschuldigt, wird vorgeworfen, den Staat bei Gasgeschäften um etwa drei Milliarden Hrywnja (heute etwa 100 Millionen Euro) betrogen zu haben. Am Folgetag entlässt das Ministerkabinett Nasirow, der unterdessen einen Herzinfarkt erlitten hatte und im Krankenhaus behandelt wird, für die Zeit der Ermittlungen aus seinem Amt. Die Amtsgeschäfte übernimmt sein Stellvertreter Miroslaw Drodan.
03.03.2017	Der stellvertretende Chef der OSZE-Beobachtermission, Alexander Hug, drückt seine Besorgnis bezüglich der Filteranlage für Trinkwasser bei Awdijiwka aus. Die Anlage, die sich auf von der Ukraine kontrolliertem Gebiet befindet und auch Wasser für die Großstadt Donezk auf der anderen Seite der Frontlinie aufbereitet, sei durch Granatbeschuss beschädigt worden. Sollten Granaten auch die Chlorreserven der Anlage treffen, drohe eine Umweltkatastrophe.
04.03.2017	Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman beziffert den Schaden, der durch die Blockade der Eisenbahntransportwege für Kohle im Donbass entsteht, auf etwa 3,5 Milliarden US-Dollar. Im Bergbau und in der metallverarbeitenden Industrie seien etwa 75.000 Arbeitsplätze in Gefahr.
04.03.2017	Nach Angaben Pawlo Scherbonskyjs, des Verwaltungschefs des ukrainisch kontrollierten Teils der Region Donezk, können die Reparaturarbeiten an der durch Beschuss beschädigten Filteranlage bei Awdijiwka in der Region Donezk abgeschlossen und die Wasserversorgung der Bevölkerung wieder aufgenommen werden.
04.03.2017	Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die ukrainische Regierung erzielen eine Einigung in ihren Verhandlungen über ein Memorandum zur Wirtschafts- und Finanzpolitik. Dies macht den Weg frei für die Auszahlung einer weiteren Tranche des IWF-Hilfskredits an die Ukraine.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina)

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1862-555X © 2017 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Partner der deutschsprachigen Analysen zur postsowjetischen Region ist das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH, Partner der Polen-Analysen ist das Deutsche Polen-Institut. Partner der englischsprachigen Analysen ist die ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/>